

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6787.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post... monatlich Kz 16.-, vierteljährlich 48.-, halbjährig 96.-, ganzjährig 192.-

Inlerate... billigt berechnet. Bei öfteren Einhaltungen Dreissachlah.

Gottesfriede?

Beinahe hätte man es übersehen, daß drei Tage lang im tschechoslowakischen Staate der Gottesfriede proklamiert war. Wirklich und wahrhaft der Gottesfriede! An den Tatsachen des Lebens war dieses Ereignis wohl nicht zu merken, aber man erfährt es wenigstens nachher aus den tschechischen Zeitungen, welche darüber recht gefühlvolle Leitartikeln veröffentlichten.

Französisches Liebeswerben um die Arbeiterchaft.

Die Kommunisten gehen auf den Leim. — Fünf der getöteten Essener Arbeiter von hinten angefallen.

Berlin, 5. April. (Eigenbericht.) Der kommandierende General im Ruhrgebiet hat einen Aufruf erlassen, in dem er zugibt, daß die Zusammenstöße am Samstag nicht von den Arbeitern verursacht wurden, die Schuld aber den Nationalisten im deutschen Lager zuschiebt.

ischen dem französischen Militarismus und den Kommunisten ist es, daß unter Essener Parteiblat eingeseilt ist, während das kommunistische Blatt ungehindert erscheinen kann.

Nach dem Mord noch Hohn.

Eine Protestnote gegen die Verhöhnung des Rechtes durch einen französischen General.

Düsseldorf, 5. April. (Wolff.) Oberregierungsrat Lutzerbeck, stellvertretender Regierungspräsident in Düsseldorf hat an den General Denbignes ein Schreiben gerichtet. Er erinnert darin zunächst an ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, in dem dieser gegen die Mordtat am Karfreitag protestiert und Maßnahmen fordert, die den Mißbrauch der bewaffneten Macht ausschließen.

Opfer, unter denen noch heute verschiedene mit dem Tode ringen, sei diese Antwort eine nicht zu übertreffende Unmenschlichkeit und stelle eine unerhörte Verhöhnung der Gefühle einer leidenden, bis auf Blut gepeinigten Bevölkerung dar.

Die ermordeten Arbeiter dürfen öffentlich beklagt werden.

Böhm, 4. April. (Wolff.) Der kommandierende General in Essen Jacquesmot hat heute an die Gewerkschaften folgendes Schreiben gerichtet: „Der kommandierende General widersetzt sich nicht der öffentlichen Bestattung der am 31. März gefallenen Arbeiter unter der Bedingung, daß die Ordnung nicht gestört wird, weil er der Ansicht ist, daß die Ereignisse nicht durch die Arbeiter selbst, sondern durch die Vertreter des Kapitalismus verursacht wurden, welche die Arbeiter gegen die Soldaten ausgehet haben.“

Amerika greift nicht ein.

Washington, 5. April. (Havas.) Das Staatsdepartement de mentiert amtlich das Gerücht, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, Deutschland aufzufordern, Vorschläge desselben Inhaltes bezüglich der Lösung der Ruhrfrage gleichzeitig an Frankreich, die Vereinigten Staaten und die übrigen Alliierten zu senden.

Belegung der Banken in Böhmen.

Münster, 5. April. (Wolff.) In Böhmen haben heute nachmittags die Franzosen sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgesperrt.

herricht im politischen, sozialen und nationalen Leben noch immer Faustrecht, wenn es auch durch Paragraphen des geschriebenen Rechtes zu verbrämen gesucht wird. Dieses Faustrecht, wie die Schäden der kapitalistischen Ordnung überhaupt, durch die Verkündung des dreitägigen Gottesfriedens bekämpfen zu wollen, mutet wie der Einfall ein, bössartige Krebsgeschwüre mit Himbeerwasser heilen zu wollen.

Wer vermag die Proklamation des Gottesfriedens, der Wölfe und Schafe auf einige Tage in ruhrender Harmonie vereinigen will, in einer Zeit erst zu nehmen, da Hunger und

Sozialistische Bemühungen um den Ruhrfrieden.

London, 5. April. (Reuter.) Ramsay MacDonald sagte in einer Rede in Bortcaul (Wales), er sei kürzlich in Paris gewesen und habe festgestellt, daß man dort zugebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, belgischen und italienischen Parlamentes in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um genau herauszufinden, unter welchen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könnte.

kaum Vertrauen in die Wirksamkeit der christlich-religiösen Idee des Gottesfriedens gewonnen haben. Wir zweifeln nicht, daß der Leitung der Gesellschaft vom „Roten Kreuz“ bei der Aufnahme der Idee des Gottesfriedens in das Gebiet ihrer Tätigkeit eine edle Absicht leitete, aber wenn sie meinen, damit etwas zur Ausgleichung der schreienden Gegensätze innerhalb der Gesellschaft und für die Anbahnung des Friedens unter den Menschen und Klassen zu tun, so sind sie um ihre Nützlichkeit nicht zu beneiden.

Gottesfriede und das Geiz zum Schutze der Republik! Wie soll sich dies zusammenreimen! Kurz, ehe sich der Präsident der Republik ins Abgeordnetenhaus zur Feier der Verkündung des Gottesfriedens begab, unterzeichnete er noch rasch das Schutzgesetz und gab dadurch einem Dstroi der Koalitionsparteien Gesetzeskraft, das der geistlichen Formulierung und Etablierung der schrankenlosen Herrschaft, des Faustrechtes dieser Parteien und der Bürokratie, der Erwürgung der Freiheit zugeordnet ist.

Den Damen und Herren vom „Roten Kreuz“ liegen freilich solche Betrachtungen ferne, denn es dürfte sie kaum eine besondere Kenntnis der Verhältnisse im Staate und der Zusammenhänge des politischen und sozialen Lebens auszeichnen. Ihre gute Absicht, das „Berk des Bösen“ durch das „Berk des Guten“ zu ersetzen, muß daher als ihre Privatvergügen aufgefaßt werden. Die übrigen Menschen werden sich hüten, in der bloßen frommen Proklamation schöner Ideale, mögen sie Gottesfriede oder wie immer heißen, ihr Heil zu erblicken und ihre Teilnahme an der Sämigung ihres Schicksals zu erschöpfen.

Zum Tode Martows.

Mit Julius Ossipowitsch Martow, dessen Bedeutung wir schon gestern kurz gewürdigt haben, ist ein typischer russischer Revolutionär und einer der größten Vertreter des Marxismus gestorben. Typisch russisch war sein Schicksal als Mensch, diese heiße Hingabe ans Studium und die Idee, das Hin- und Her zwischen Freiheit, Verbannung und Exil, die Art seiner Propaganda und seiner Taten.

Martows russisches Schicksal begann an der Petersburger Universität, als er, in treuer, und wie es schien, unlösbarer Zusammenarbeit mit Lenin die marxistischen Gedanken an ein kleines, eng geschlossenes Häuflein von Studenten weitergab. Es war ein geheimes Konventikel, ganz angepaßt den Polizeimaßnahmen des Zarismus, doch es schritt darüber hinaus zur Tat und veränderte es, 1896 bei sozialistischen Studentendemonstrationen die Arbeiterklasse aus ihrer politischen Teilnahmslosigkeit aufzurütteln. Zur Spitze mußten Martow und Lenin zuerst nach Sibirien, dann 1900 ins Exil, wo sie die Zeitschrift „Iskra“ gründeten. Die geistigen Träger und Propagatoren der „Iskra“ waren Intellektuelle, waren „Revolutionäre von Beruf“, die Arbeiterklasse war für sie Objekt der revolutionär-politischen Erziehung, als selbständig tätiges politisches Subjekt kam das Proletariat für sie nicht in Betracht.

So wenigstens wollte es Lenin, Martow, der überlegte Demokrat, erkannte das freie Selbstbestimmungsrecht der für die sozialistische Idee gewonnenen Arbeiterklasse voll an. Im Keim standen hier schon der Gedanke der Diktatur und jener einer sozialdemokratischen Partei westeuropäischen Sinnes einander gegenüber. Nicht lange, so folgt (1903) diesem prinzipiellen Streit die organisatorische Spaltung. Die „berufsmäßigen Revolutionäre“, die als intellektuelle Führer die untreue Masse zur Revolution nach eigenem geheimen Plan vortreiben wollten, sammelten sich in der Partei der Bolschewiki, die Vertreter der demokratischen Idee des Selbstbestimmungsrechtes des Proletariats organisierten sich als Menschewiki. Deren Stern stieg und sank mit der russischen Revolution von 1905, als sie gescheitert war, lehnte Martow ins Exil zurück.

Der ausbrechende Weltkrieg fand in ihm einen konsequenten Gegner, er verurteilte nicht die eine oder die andere Seite, sondern durchschaute scharfschauend den Imperialismus beider Streitparteien und diese Erkenntnis führte ihn nach Zimmerwald. Er hielt seine Stunde für gekommen, als die russische Revolution dem Zarismus ein Ziel setzte, aber dieser Hoffnung folgte die bitterste Enttäuschung. Denn der Großteil seiner eigenen Partei, der Menschewiki, hielt an der Ideologie der Entente fest und ließ sich von Kerenski führen, nur langsam gewann die Anschauung Martows an Boden. Ehe sie sich durchsetzen konnte, hatten die Bolschewiki die Macht in Händen und Martow sah sich wieder, und diesmal gegen einen weit gefährlicheren Gegner, in der Opposition. Mit aller Macht suchte er den Weg des Sowjets zur Diktatur einiger weniger aufzubringen und den demokratischen Charakter der Revolution zu retten, mit bewundernswerter Kombinationsgabe sah er alle Folgen der Leninschen Taktik voraus, es nützte nichts. Lenins und Trozkis Rücksichtslosigkeit behaupteten, wenn sie auch Martow persönlich nicht anzulasten wagten, die Oberhand. Zu Hilfe kam ihnen die Natur, indem sich Martows Leiden, die Kehlkopfentzündung, bedrohlich verschlimmerte und ihn zwang, Rußland zu verlassen. Damit begann 1920 Martows letztes Exil, als Führer der in der Verbannung lebenden russischen Sozialdemokraten half er die Wiener Internationale Arbeitergemeinschaft mitzubegründen.

Ein fruchtbarer Theoretiker, ein Schriftsteller von einfacher und musterergültiger Klarheit und ein Mann der großen, wehenden Tat ist in Martow dahingegangen.

Die Bregenzer Konferenz.

Die Vorbereitungen für den Hamburger internationalen Sozialistkongress.

Wien, 5. April. (Eigenbericht.) Aus Bregenz wird gemeldet: Das Sekretariat setzte heute seine Beratungen fort. Es wendete die Beratung über die Geschäftsordnung des Hamburger Kongresses und beschloß die Schaffung einer Arbeiterinternationale dem Hamburger Kongress zum Beschluß vorzulegen. — Nachmittags trat die vom internationalen Gewerkschaftsbund, der zweiten Internationale und der internationalen Arbeitsgemeinschaft gemeinsam eingesetzte Nominationskommission zusammen, die über die Unternehmung der ökonomischen Folgen der Friedensverträge beriet. Den Vorsitz führte Thomas. Es lag ein umfangreicher Bericht über die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland vor, der im

Auftrage der letzten Sitzung der Kommission in Brüssel ausgearbeitet worden war. Shaw berichtete über die zwischen den Parlamentarischen Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens und der deutschen Sozialdemokratie gepflogenen Verhandlungen und die ihnen nachfolgenden Besprechungen. Wels (Deutschland) und Wauters (Belgien) ergänzten seine Mitteilungen. Wels dankte für die Ausarbeitung des überaus wertvollen Berichtes, der eine Darstellung des gesamten Materials über die Lage der Arbeiterklasse Deutschlands gibt und man beschloß, den Bericht im Druck zu publizieren, um ihn der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Neue Kasernen.

Die „Prager Presse“ vom Donnerstag entwirft ein herzerhebendes Programm für neue Kasernenbauten. Wird es einmal durchgeführt sein, darf wirklich „lieb Vaterland ruhig“ sein, denn dann wird um die Grenzen der Republik ein Kranz von Kasernenmauern und Zinnen ragen und im Innern wird man vor lauter Militärbauten die Wohnhäuser des Zivilistenpades nicht sehen. Die misera plebs der Richtungsformieren wird mit einem verschlechterten Mieterschutzgesetz bedacht, den Soldaten und Gajisten aber wendet sich die ganze rührende Fürsorge der Regierenden zu, auch das Finanzministerium bewilligt freudigen Herzens ein hunderteckiges Millionen Kronen für zehn Duzend militärischer Bauten, das Loch in der Kasse stopft es dadurch, daß es die Hungerlöhne der Staatsangestellten auf ein Unterhaltungsminimum abbaut und durch Umsatz- und Konsumsteuern die Lebenshaltung der Masse auf einer unerträglichen Höhe erhält.

Arbeitende Menschen, linderreiche Familien, unverbundene Ehepaare müssen in Ställen und unterm Dachboden hausen, Hunderttausende im Jammer hygienischer Wohnungsmißstände forgerlich zugrunde gehen — die Regierung sieht gemütsruhig zu und macht den gemeinnützigen Wohnungsbauangelegenheiten durch Verschwendung der Darlehenserteilung das Leben immer saurer. Für Kasernen aber hat sie 170 Millionen zur Verfügung, für Kasernen spart sie die Bauämter der Gemeinden an, für Kasernen hat sie die humane Begründung bei der Hand, daß, wenn von den Gajisten und Mannschaften ein anstrengender Dienst verlangt wird, auch für eine wohlthätige Unterkunft für sie gesorgt werden muß, die allein eine militärische Disziplin garantiert.

Gegen den Satz ist nichts einzuwenden, wohl aber zu fordern, daß er auch für die Zivilbevölkerung Geltung habe, die sich im Schweiße ihres Angesichts ums tägliche Brot schindet und produktive Arbeit leistet, nicht aber sich bloß aufs Jenseits vorbereiten wie das Militär. Um die ganze Verlogenheit der Humanitätssphäre zu erkennen, muß man sich dessen erinnern, wo die Kasernenbauten ausgeführt werden: auf dem Boden des alten Österreich, das ein bis an die Zähne bewaffneter Militärstaat war und mit Unterküften für das Heer nicht gespart, im Gegenteil, einen Großteil des Budgets auf diese unproduktiven Anlagen verwendet hat. Aber der Herrscherstand der Tschechoslowakischen Republik hat jenen Österreich so weit überflügelt, unsere militärischen Machtbedürfnisse sind um so vieles größer, daß in Prag allein dreizehn Objekte errichtet werden. Dazu kommen in Böhmen Kasernen in Reichenberg, Tschau, Kaplitz, Winterberg, Rumburg, Roderham, Trautman, Daischitz und Kostelec, ein Verpflegungsmagazin in Pilsen und ein Telegraphendepot in Kautenberg. Im Vergleichsüberwiegen die deutschen Orte weit vor den tschechischen. Denn so „human“ sich die Heeresverwaltung ihren Soldaten gegenüber gebärdet, ist es ihr noch viel wichtiger, Zwangsburgen in deutschen Gegenden zu errichten. In Wahren wird Brünn mit zwei Kasernen und einer Fußschloßschule beglückt, Reutitschein, Wolachisch-Meseritzsch, Mistel, Oberberg, Znaim, Drebschein und Gernowitz gehen gleichfalls nicht leer aus. Die Slowakei wird mit vierzehn, Karpatenrußland mit sechs großen Militärbauten und vielen kleinen Offiziershäusern ausgestattet. So schaut der Bedarf eines Staates an Kasernen aus, der sich bei jeder Gelegenheit friedlicher Tendenzen rühmt, soviel hat eines der größten Industriegebiete Europas, das seine Arbeiterklasse in mittelalterlichen Wohnungsverhältnissen vorfindet, für den Gegenpol der Arbeit, den Militarismus, übrig.

Inland.

Der deutschnationale „Gegenangriff“ in Südmähren. In der sich sudetendeutsche Tageszeitung nennenden „Deutschen Landpost“ herrscht auf der 5. Seite eitel Freude und Wonne. Denn dort ist von der „Tätigkeit der Nationalpartei in Südmähren“ die Rede und da muß jedes agrarische Herz höher schlagen, wenn es erfährt, daß sich ein ehemaliger Bruder aus den Tagen des „Deutschparlamentarischen Verbandes“ nun einen blutigen Kopf nach dem andern holt, und zwar noch dazu durch Zusammengeraten mit den berühmten harten Bauerschädeln. „Nach der gänzlich mißlungenen „Offensive“ in den deutschen Gebieten Böhmens und in Nordmähren, hat die Nationalpartei in Südmähren mit einem Gegenangriff eingesezt“, so schreibt die „Landpost“ über die neuesten „Großkampftage“ des Herrn Lodgman und Anhang. Diesmal wurde Senator Meißner ausgesandt, um vor allem in Dürnholz die Ritter von Ar und Palm durch „versteckte und offene Angriffe“ um den Rest von Ansehen beim deutschen Volke von Dürnholz und Umgebung zu bringen. Doch die „Bündler“ ließen sich nicht so einfach aufs Maul schlagen, sie erwiderten ganz kräftig, sobald Senator Meißner sich sogar dazu bequemen mußte, zu erklären, „daß er nicht von Kanossagängen reden will, denn solche mache auch die Nationalpartei (!) und alle übrigen Parteien“. (Herr Lodgman, wie reimt sich das, Kanossengang und allemaliges Hoch- und Festhalten der Fahne des Selbstbestimmungsrechtes?) Und nachdem man — Angriff folgte auf „Gegenangriff“ — eine

gute Weile für das Deutschtum gearbeitet hatte, wurde eine Entschließung angenommen, in der der Nationalpartei eine kräftige moralische Ohrfeige versetzt und den „Bündlern“ das vollste Vertrauen ausgesprochen wurde. Und so wurde, wie die „Landpost“ am Schlusse hämisch konstatiert, den Nationalparteilern, wie überall, so auch in Südmähren, eine gründliche Absage zuteil. Die „Landpost“ freut sich also. Und wir auch. Denn heute werden uns die Einheitsfrontler des Sudeten-„Deutschtums“ nicht mehr vorwerfen können, daß wir bei dieser „Einheitsfrontpolitik“ nicht mitmachen wollten.

Das neue Mieterschutzgesetz. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist auf den 13. April, vier Uhr nachmittags, einberufen. Die Tagesordnung ist bedeutungslos, der eigentliche Zweck der Sitzung besteht darin, dem Parlament das neue Mieterschutzgesetz vorzulegen. Damit diese Vorlage gleich dem Ausschuss zugewiesen werden kann, wird eine zweite formelle Sitzung notwendig werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat die Stillfierung der neuen Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes, die die Mieterschutzpölsa beschloß, beendet. Die Gesetzesvorlage mußte umgearbeitet werden, als der Antrag der Nationaldemokraten, den Hausherren die Mieterhöhung bei Mietern, die ein Einkommen über 60.000 K haben, zu gestatten, angenommen wurde. Diese Erhöhung hat nun auch, wie das „Cesko Slovo“ meldet, die Betriebe, denen eine Erwerbsteuer aus einem größeren Ertrag als 250.000 Kronen vorgeschrieben wurde, betroffen. Diese Erhöhung trifft nicht nur physische Personen, sondern alle juristische Personen, die erwerbstätig sind. Die Erhöhung des Zinses bei den auf Gewinn berechneten Betrieben ist aber bloß für die Lokale gefastet, die zur Erwerbstätigkeit verwendet werden. Entscheidend für die Erhöhung der Miete ist die letzte Beschreibung der Erwerbsteuer- oder Personaleinkommensteuer. Mit Rücksicht darauf, daß die Steuerverwaltungen mit den Erwerbsteuervorschriften einige Jahre nachhinken, wird die Erhöhung des Zinses in einer großen Anzahl von Fällen abhängig sein vom Einkommen längst verfloßener Jahre. Es kann sein, daß Erhöhungen vorkommen in Fällen, in denen die Einnahmen des Mieters 60.000 K nicht erreichen oder die Einnahmen von Betrieben niedriger sind als 250.000 Kronen. Die Vorlage wird auch Rücksicht nehmen müssen auf die Fälle, in denen der Mieter später kleinere Einnahmen hat, als im letzten Jahre; er müßte dann wieder eine Herabsetzung des Zinses durchsetzen können. Nützlich ist auch zu bemerken, daß aus dem Grunde eines höheren Einkommens Mündigungen nicht gegeben werden dürfen. Die Kündigung darf bloß erfolgen, wenn der Mieter ein Vermögen von 1 einhalb Millionen Kronen hat, oder der Betrieb 20 Millionen Kronen Vermögen einbekannt hat.

Altslawische Brüderlichkeit. Der Herr Dr. Aramat hält wieder einmal die Zeit für gekommen, um altslawische Zusammengehörigkeit und Brüderlichkeit zu verkünden. Vor kurzem tat er so in den „Narodni Listy“. Eine Illustration hierzu bietet nun eine tschechische Stimme, die sich im „Slovensky Dennik“ an die Polen mit der Forderung erhebt, daß sich diese endlich ihrer Pflicht als Slaven bewußt werden. Vom Beginn der Selbständigkeit der Tschechoslowakei und Polens seien die Polen, so sagt das Blatt, unaufhörlich bestrebt, das Gebiet der Tschechoslowakei zu verkleinern. Auf Druck der Polen wurde bereits im Westjügel zweier slowakischer Komitate ein Plebiszit angeordnet und als dieses wegen der heftigen polnischen Agitation unzulässig gemacht wurde, wurden 25 Gemeinden mit 28.000 Bewohnern der Tschechoslowakei entziffen. Außerdem wurde ihr noch ein Stück von Teschen genommen. Nun greifen die Polen auch auf die slowakische Tatra. Das Blatt beschwert sich, daß die Polen für die Slowaken in der Zeit

Die Kunststelle der Wiener Arbeiterchaft.

Von David Josef Bach.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir entnehmen diesen Aufsatz mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags dem soeben erschienenen Buch „Kunst und Volk“, einer Festschrift der Wiener sozialdemokratischen Kunststelle zur 1000. Vorstellung, herausgegeben von ihrem Leiter, Grafen Dr. Bach, erschienen im Verlag Propolis-Verlag, Wien.

Im November 1919 beschloß der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie die Errichtung einer eigenen Kunststelle. Es sollten die Bestrebungen nach künstlerischer Volkserziehung innerhalb der geistigen und manuellen Arbeiterchaft zusammengefaßt und einheitlich geführt werden, um dem Kunstwillen des Volkes Wirkung und Verwirklichung zu schaffen. Ansätze waren vorhanden. Erstens die Arbeiter-Sinfonie-Konzerte, gegründet 1905, das erste Muster musikalischer Volkserziehung durch die höchste Kunst, und nur durch diese. Als ich ihren Plan sah und sie durchführte, gegen Widerstände von allen Seiten, da ahnte ich kaum die Keimkraft dieses Gedankens; und doch ist eigentlich aus diesen beschriebenen Konzerten alles andere erst hervorgegangen. Einige Jahre später kam in Wien die Bolschewiktheater, nach Berliner Muster, während die Arbeiter-Sinfonie-Konzerte noch ohne Beispiel gewesen waren. Innere Frömmigkeiten in der Direktion, schließlich die Katastrophe des Weltkrieges machten der Volksbühne ein Ende; dem Namen nach existierte sie wohl noch, aber

nicht in lebendiger Wirksamkeit. Sollte sie in den ersten Jahren ihres Bestehens neue Dichter zu einem neuen Publikum sprechen lassen, eine Zeitschrift sogar im eigenen Haus, so mußte sie späterhin froh sein, für die paar treu gebliebenen Mitglieder in legendenwelchen Theatern irgendwelche Vorstellungen zu bekommen. Die technische Organisationsform der Volksbühne war zerfallen. So sehr, daß, als in den ersten Monaten nach dem Umsturz zum erstenmal auch die Tore der ehemaligen Hoftheater, nunmehr Staatstheater, sich den Massen öffneten, für das organisatorische Problem dieser Vorstellungen keine andere Form zur Verfügung stand als die der Arbeiter-Sinfonie-Konzerte; unter ihrem Namen, unter ihrer Fahne haben die ersten Vorstellungen in Oper- und Burgtheater stattgefunden.

Nun sind wir drin, und niemand mehr kann das Volk aus diesen Theatern vertreiben. Was bedeuten Staatstheater — oder gar Bundes-theater, wie sie offiziell heißen — ohne die tragende Idee eines Volksganzen, einer Nation, die erst den Staat konstituiert? Wir, das heißt die sozialdemokratisch organisierte Schaar der Hand- und Kopfarbeiter, sind da nicht mehr allein. Nach uns, nach unserem Muster haben sich in den letzten zwei Jahren andere, kleinere Gruppen zusammengesetzt, teils nach beruflicher, teils nach politischer Zusammengehörigkeit, die sogar den Namen „Kunststelle“ von uns übernommen haben. Der Name ist eben bezeichnend, volkstümlich geworden. Nicht nur die Staatstheater, was wären alle Theater, und gerade die besten, ohne uns, ohne den Willen einer Masse, sich der Kunst hinzugeben? Wir haben es alle anderen gelehrt, den Anspruch des Volksganzen auf die Kunst nicht preiszugeben. Das ist eine revolutionäre Tat, im rechten Sinn des Wortes,

wie es kein Zufall ist, daß unsere Kunststelle und alle ihre Nachfolger und Nachahmungen Kinder der Revolution sind. Alle Kunst, alle edle, große Kunst ist revolutionär, das heißt über die Gegenwart hinaus in die Zukunft weisend, neue Elemente schaffend; der Inhalt, das Problem eines Kunstwerkes ist immer revolutionär, mag seine Technik, seine äußere Form — nicht die Form als Ganzes — seine Handlung — noch so zeitgebunden, zufällig, vergänglich sein. Eine Beethoven-Sinfonie ist ewig, ist revolutionär, und Goethes Iphigenie ist es auch. Danach haben wir unsere Kunstpolitik gerichtet, nicht nach dem, was sich für modern oder revolutionär schon deshalb hält, weil es dieses Wort ausspricht oder sich so gebärdet.

Tausend Theatervorstellungen in drei Jahren, von einer Million Menschen besucht — es ist nur ein Teil unserer Leistung, wie es nur ein Teil unserer Aufgabe ist. Gleichwohl kann man auch der Statistik dieser Vorstellungen — es sind nur solche gezählt, die mindestens 500 Besucher gleichzeitig umfaßten — einige Tatsachen entnehmen, die das Ganze erhellen und beweisen. Mit „Fidelio“ sind wir in die Oper eingezogen, und die Feier unseres Jubiläums war abermals mit „Fidelio“ begangen. In den drei Jahren der Kunststelle haben — an zwei Opernbühnen — für uns allein achtzehn Aufführungen des Werkes stattgefunden, darunter zwölf in einem einzigen Jahr, nicht als Serieworstellungen wie etwa eine Operette, nicht, weil die Teilnehmer der Kunststelle dazu gezwungen worden wären, sondern weil sie es selber verlangten. In der Bühnengeschichte des „Fidelio“ ist dies wohl der erste Fall solch eines Erfolges, wenn man dieses Wort überhaupt gebrauchen darf. Hier ward der Kunst das Volk erobert, und umgekehrt. „Fidelio“ ist das hohe Lied der Menschenliebe, der

Bruderliebe, nicht bloß die ergreifende Ballade von der treuen Leonore. Diesen wahren Sinn des Werkes enthält zu haben, indem man ihn zur lebendigen Wirksamkeit brachte, ist das Verdienst dieser Vorstellungen. In nicht ganz einem halben Jahr konnte „Fidelio“ in einer würdigen Neuinszenierung an die zwanzig Mal gegeben werden — wo wäre dies heute denkbar ohne die Hilfe eines neuen Publikums, das willig und fähig ist, Kunst zu genießen? Wenn die Wiener Privatbühnen es in den letzten drei Jahren wagen konnten, wertvolle dramatische Literatur, ältere ebenso wie ganz moderne, zu bieten, so danken sie es vornehmlich diesem Publikum. Die „Troerinnen“ des Euripides in der Nachdichtung von Franz Werfel hätten im Burgtheater schon nach ganz wenigen Aufführungen nicht weiter gespielt werden können; da forderten wir die Dichtung für uns, und das Werk war dem Spielplan gerettet. Solcher Beispiele gibt es viele; in den tausend Vorstellungen steht nicht nur ein Stück Erziehung zum Theater und zur Kunst, in ihnen steht die Wiedergewinnung der Kunst als Funktion des gesellschaftlichen Organismus, als gesellschaftliche Notwendigkeit, nicht mehr als Luxus.

Indes, Theaterspielen ist nur ein Teil der Aufgaben, denen unsere Kunststelle dienen muß. Wir müssen zur Kunst, auch ohne die Brücke des Wortes, ohne die Hilfe gefälliger, bereitwilliger Ideenassoziationen. Daß die Entstehungsgeschichte der Kunststelle mit den erwähnten Arbeiter-Sinfonie-Konzerten zusammenhängt, daß der Begründung dieser zugleich Leiter jener ist, ist ein Symbol. Wir sind in Wien, bei unseren Bestrebungen, erstaunlicherweise ohne weiteres den Weg gegangen, der eine innere Leistung bereits voraussetzt, zu der er doch erst zu führen schien. Nämlich, wir haben mit Sinfonien be-

ihre Unterdrückung nicht getan haben, sondern im Gegenteil ihre Hand den Magyaren gereicht hätten. Damit, daß uns Polen Land wegnimmt, schmächt es uns. Da die Tschechoslowakei die erste Position des Slaventums im Westen ist, sollte sie von Polen nicht geschwächt, sondern unterstützt werden. Ohne Zweifel wird diese tschechische Stimme von polnischen Mäthern beantwortet werden und es kann wieder der Instige Pressestreit zwischen Tschechen und Polen entbrennen. Das ganze wird Herr Dr. Krantak aber als „allslawische Bruderklei“ bezeichnen.

Die Maisfeier. Der Exekutivauschuß der tschechoslowakischen Sozialistenpartei fordert die Organisationen auf, die Maisfeier vollständig selbständig zu veranstalten. Die Partei wird für die soziale und nationale Gerechtigkeit, für Brot, Frieden und soziale Versicherung, für die neue Schule und Demokratisierung der Bildung manifestieren. Der Volksgemeinschaft der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei beschloß, daß hener am 1. Mai die Organisationen in jedem Bezirk nur eine Kundgebung veranstalten; manifestiert wird für die „soziale Versicherung des arbeitenden Volkes, für die Demokratie und den Weltfrieden.“

Parteitage. Der Vollzugsausschuß der tschechoslowakischen Volkspartei beruft für den 30. Juni und 1. Juli einen Parteitag nach Brünn ein. In dieser Sitzung beschloß der Vollzugsausschuß ferner auf der raschesten Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe und die Vermögenswachstumssteuer zu beharren und eine Regelung des Steuerrechts zu verlangen. Für die Arbeiterfreundlichkeit der tschechoslowakischen ist auch bezeichnend der Ruf nach „Billigerer Regie bei der Einführung der Sozialversicherung.“ — Alle magyarschen Parteien berufen einen Kongreß nach Munkacs ein, der eine Demonstration gegen die Politik der Prager Regierung, die die Rechte der magyarschen Minderheit in der Slowakei nicht respektiert, sein soll. Der Kongreß soll am 29. April stattfinden, und es sollen an ihm auch die slowakischen oppositionellen Parteien, sowie einige Parteien Karpathenlands teilnehmen.

Mit den Gemeindevahlen befaßt sich im „Moravsko-Slezsk-Demokrat“ Dr. Kobosil, Landtagsabgeordneter in Prag. Er teilt unter anderem mit, daß die Wahlen in allen Gemeinden nicht in einem Monat und nicht auf einander folgende Sonntage ausgeschrieben werden, sondern schrittweise in einem Monat, so wie immer die alte Mandatsdauer endigt. Nach Möglichkeit sollen in jedem Monat ein oder zwei Sonntage gewählt werden, um die Einheitlichkeit der Fristen bei der Einreichung der Kandidatenlisten und der Ernennung der Wahlkommission für eine ganze Reihe von Gemeinden und Bezirken möglich zu machen.

Dr. Zubosch Zerabel, wurde — wie der „28. Krijen“ mitteilt — von Mussolini in längerer Audienz empfangen. Die tschechische faschistische Bewegung hat jedenfalls durch diese Audienz einen mächtigen Antrieb erhalten. Dr. Zubosch Zerabel, der Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung Alt-Prager Kunstdenkmäler und Obmann des Vollzugsausschusses der „Nationalen Bewegung“ in der tschechischen Republik, kaiserlicher Rat zu Zeiten Oesterreichs, dürfte also bald zum Rat Mussolinis ernannt werden. Wenn er diesen so beraten wird, wie er etwa den Kaiser von Oesterreich beraten hat, dann braucht einem vor dem Faschismus nicht bange zu sein.

Die ewige Schnüffellei. Wie der Diktator „Bozor“ meldet, wurde gegen die Führer der kommunistischen Partei in Prag die Untersuchung eingeleitet, weil sie im Verdacht stehen, im Jahre 1921 dem kommunistischen Redakteur Richter, der sich als Untersuchungsgehilfe im Prager Krankenhaus befand, zur Flucht verholfen zu haben.

Diktat der Unternehmer in der chemischen Industrie.

Die Unternehmer gehen in ihrer Diktatkundmachung ein, daß sie die Verhandlungen abgebrochen haben.

Aussig, 5. April. (Eigenbericht.) Heute Freitag nachmittag wurde nach einem Verlechte einer Sonderausgabe des „Vollstrecktes“ in den Betrieben der chemischen Industrie eine Kundmachung angeschlagen, nach der die Unternehmer in den Betrieben insofern des Scheiterns der Verhandlungen ihre zuletzt genannten Lohnvorschläge der betroffenen Arbeiterschaft diktieren. Wer sich mit dem Vorschlag nicht einverstanden erklärt, kann nach diesem Ausschlag von seinem Mündigungsrecht Gebrauch machen, andererseits wird von jedem Arbeiter, der Montag, den 9. ds., seine Arbeit aufnimmt, angenommen, daß er diese neuen Regelung zustimmt. Das Diktat beinhaltet eine Lohnherabsetzung bis zu 10 Hellern pro Stunde, gegenüber dem letzten Vorschlag der Gewerkschaftskommission. Durch den Entfall verschiedener Zulagen erhöht sich diese Reduzierung jedoch auf mehr als eine Krone pro Stunde. Die Unternehmer reden sich im Schlußsatz des Diktats darauf aus, daß sie durch die Verkäufe auf dem Weltmarkt zu diesen Schritte gezwungen werden, wenn nicht die Industrie jede Lebens- und Konkurrenzfähigkeit verlieren und zu vollständiger Betriebs Einstellung gezwungen werden soll.

Die Kundmachung begleitet der „Allgemeiner Sachverband der chemischen Industrie des deutschen Hauptverbandes der Industrie“ mit einem vertraulichen Rundschreiben an die einzelnen Unternehmer. Dieses Rundschreiben, das die Geschäftsnummer 437 trägt, enthält verschiedene Weisungen an die Unternehmer, wie sie vorgehen haben. Es wird darin ausgeführt, daß der Wegfall sämtlicher außerordentlicher Zulagen, besonders an Verheirathete, einzutreten habe. Es wird weiter darin ausgeführt, wie bei den mehr als 14-tägigen Verhandlungen die Unternehmer verschiedene Zugeständnisse machten, jedoch infolge deren Ablehnung die Verhandlungen abbrechen mußten. Weiters wird den Unternehmern gesagt, daß die Kundmachung vor dem Anschlag den Betriebsausschüssen und dem ersten Vertrauensmann zur Kenntnis zu bringen sei.

Weiter erklärt dann die vertrauliche Mitteilung wörtlich: „So gesetzliche Betriebsausschüsse bestehen, können über Verlangen zu einer Aussprache über diese Kundmachung mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Betriebsausschutzesgesetz solche nicht rundweg abgelehnt werden; doch machen wir darauf aufmerksam, daß seitens der Betriebsleitung Zugeständnisse über das oben festgestellte Ausmaß auf keinen Fall gemacht werden.“

Die Regelung der Feiertage. Unterrichtsminister Bechynö teilte auf einer Konferenz der tschechischen Sozialdemokraten in Olmütz mit, daß es in der kirchenpolitischen Gesetzgebung in der allernächsten Zeit zur Aufhebung einiger Feiertage kommt. Am den Feiertag Johann Nepomuk werde in der Koalition ein harter Kampf ausgeht. Die Liberalen dürften sich mit der Aufhebung des Feiertages schließlich zufrieden geben, wenn die anderen Parteien nicht auf der Einführung des Suseiertages bestünden.

Der Senat dürfte um den 15. April zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

den können.“ Weiters wird den Unternehmern erklärt, daß die gesetzliche Mündigungsfrist einzuhalten ist.

Die Vertreter der Arbeiterschaft haben im Sinne des Beschlusses der Vertrauensmännerkonferenz vom Mittwoch dem Industriellenverband ihre Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen mitgeteilt, wenn der letzte weitgehende Lohnvorschlag der Gewerkschaftskommission als Verhandlungsbasis genommen wird. Der Abbruch der Verhandlungen jedoch wurde von den Unternehmern herbeigeführt, die bereits am Mittwoch den Beschluß gefaßt hatten, nicht zu verhandeln, um das Diktat der Arbeiterschaft aufzotrupieren zu können. Sie haben dadurch die bisherigen Verhandlungen zu einer Farce gestempelt. Das Diktat hat unter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie große Erregung hervorgerufen. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden am Freitag zu einer Beratung zusammenrücken, um zu dem Diktat der Unternehmer Stellung zu nehmen.

Donnerstag kam es in den Solvaywerken in Neftomitz zu einem spontanen Streik der Arbeiterschaft, der jedoch auf dunkle Machinationen zurückzuführen ist. Die Vertrauensmänner hatten beschlossen, erst die Beschlüsse der Sitzung am Freitag abzuwarten, bis sie zu Aktionen in den einzelnen Werken vorgehen. Der Streik in Neftomitz schädigt die gesamte Arbeiterschaft. Uebrigens bemühen bereits die Unternehmer die Arbeitseinstellung zu einem neuen Druck auf die Arbeiterschaft und es ist in den Schichtwerken in Aussig bereits am 5. April ein Anschlag herausgekommen, in dem ausgeführt wird, daß mit Rücksicht auf die BetriebsEinstellung in den Solvaywerken die Werksleitung den Betrieb einschränken müsse, wenn dort der Streik bis 7. April nicht beigelegt sein würde.

Eine ähnliche, anderslautende Kundmachung, erließ der Oesterreichische Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aussig an seine Arbeiterschaft. Es heißt darin, daß infolge des Streiks in den Solvaywerken und mit Rücksicht auf den „unigen Zusammenhang“ des Schwermetallbetriebes die Betriebsleitung zur baldigen Einschränkung und eventuellen Stilllegung gezwungen sein könnte. Die Arbeiterschaft müsse sich darauf gefaßt machen, daß die Betriebsleitung mit massenhaften Mündigungen vorgehen werde.

Ein „Schutzgesetz“ im Saargebiet nach tschechischem Muster.

Unter Umgehung der vom Vertrauen der Bevölkerung im Saargebiet getragenen Volksvertretung, des Landrats, hat die Völkerverbündlungsregierung ein Schutzgesetz erlassen, das sich nur mit dem Gesetz zum Schutz der Tschechischen Republik vergleichen läßt. Sie nennt es eine „Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet“. Nur einige Sätze aus dieser „Notverordnung“ mögen zeigen, mit welchem Zweckeset eine Völkerverbündlungsregierung es wagt, die öffentliche Meinung niederzuknurren. Im Artikel 2 der 19 Artikel umfassenden Verordnung heißt es zum Beispiel:

„Mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, neben dem auf Geldstrafe, bis zu 10.000 Franken erkannt

werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

- a) den Friedensvertrag von Versailles verächtlich macht;
- b) ferner wer
 1. den Völkerverbund, dessen Mitglieder oder die Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles;
 2. die Regierung des Saargebietes, ihre Mitglieder oder die von ihr getroffenen Einrichtungen oder die Beamten, welche beauftragt sind, diese Einrichtungen durchzuführen oder in Gang zu halten, beschimpft oder verleumdet; usw.“

Die Dehnbarkeit dieser Bestimmungen wird geradezu aufreizend. Was heißt zum Beispiel Verächtlichmachung des Versailles Vertrages? Man will anscheinend jede Kritik des Versailles Diktats oder seiner Auswirkungen unmöglich machen. Man bedenke ferner: „Wer eine der Signatarmächte des Friedensvertrages — usw.“ Die Regierungskommission fühlt sich scheinbar berufen, die Regerepublik Liberia oder ähnliche Staaten, die bekanntlich auch mit zu den 39 Unterzeichnern des Friedensvertrages gehören, besonders in Schutz zu nehmen? Wer gibt ihr das Recht dazu? Man kann das Bestreben, die Beamten in Schutz zu nehmen, gegen berechtigte Kritik nur so verstehen, daß man ein nach Bonama befürchtet. Tatsächlich besteht hierzu nicht wenig Anlaß. Man hat deshalb auch der Zeitungen, die am allerunbequemsten sind, besonders gedacht und droht ihnen mit Verboten bis zu vier Wochen.

Die einzelnen Bestimmungen sind in ihrer Auswirkung für das politische Leben des Saargebietes von so einschneidender Bedeutung, daß ein solches überhaupt unmöglich gemacht, ja vollständig erdroffelt wird. Versammlungen, politische Parteien und besonders die Presse sind dadurch mundtot gemacht und zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Und alles das geschieht unter dem Regime einer vom Völkerverbund einseitigen Regierung. Hier hätte der Bund Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er wirklich eine neutrale, über den Nationen stehende Einrichtung ist, bei der für alle gleiches Recht gilt. Im Saargebiet ist der Völkerverbund zur Farce geworden.

Frankreichs Marineprogramm.

Wofür die Regierung Poincare Geld hat.

Paris, 5. April. (Sch. B. V.) Marineminister Raiberti sprach sich einem Vertreter des „Petit Parisien“ gegenüber über die Zukunft der französischen Marine aus und begründete die für den Ausbau der Marine gestellten Forderungen. Der Minister hob hervor, daß man ohne Marine keine auswärtige Politik betreiben könne. Man müsse an Dantzig, Memel, Konstantinopel, Smyrna und Alexandrette und den Fernen Osten denken und sich fragen, ob man die Vertreibung der nationalen Interessen ohne Marine durchführen könne. Eine große Kolonialmacht könne ohne Marine nicht existieren. Die Aufrechterhaltung der Freiheit der Verbindungen zu Wasser sei für Frankreich eine Frage von Leben und Tod. Die französische Politik mache nicht die Schaffung einer großen Marine erforderlich. Es genügt für Frankreich, eine moderne Marine zu besitzen, die, mit allen Vervollkommenungen der Wissenschaft und Technik ausgestattet, eine vollkommen Verbindung von Ueberwasserkräften, Unterseebooten und Wasserluftkräften darstellt. — Eine derartige Flotte sei teurer, überflüssig aber die finanziellen Möglichkeiten Frankreichs nicht.

genommen, die nichts hergeben als ihre Musik. Kein Programm, keine poetische Deutung. Sicherlich hängen diese Deutungsversuche, hängt jedes Programm aller Programmmusik, ob nun vorher vom Komponisten oder nachher vom beschreibenden Hörer unterlegt, mit der Ausdehnung der öffentlichen Musikpflege zusammen. Das Philosophische, das Poetische, das Malerische der Musik fern nicht nur eine Gemeinde mit gemeinsamem Gefühlskreis voraus — das ist unanahmlos jede Kunst, da sie niemals für sich selber, sondern für andere da ist, die fähig sind, sie zu empfinden — sondern sie entwickelt jene außerweltlichen Eigenschaften, weil ihr bange wird, das Gemeinschaftsgefühl einer so großen Menge, wie sie die Konzertsäle seit mehr als einem Menschenalter bieten, anders als durch jene Hilfsmittel zu wecken und festzuhalten. So kommt es auch, daß diese Musik mehr an Zeit und Schicksal ihrer Entstehung gebunden ist als die „absolute“ Musik. Denn die absolute Musik, hat ihr Gemeinsames mit Zeiten, die sie noch gar nicht kennt; ihr Begriff enthält die Merkmale, die Ewigkeiten — soweit dieses Wort für das Begrenzte der Kunstformen überhaupt einen Sinn hat — angehören, weil sie ihre Begriffe verwirklicht, weil sie Idee ist; ihre Weisheit bedarf nicht des Philosophierens, sondern des Empfindens, ist kein intellektueller, sondern ein gemüthlicher Prozeß. Die Programmmusik jedoch diese Bezeichnung in einem sehr weiten Umfang verstanden, verlangt von ihrem Hörer „Bildung“, die sich auf ein jedesmal anders bestimmtes Gebiet erstreckt, sie macht Voraussetzungen, die immer nur für einen bestimmten Kreis gelten; sie ist nicht hoch, aber sie ist eng. Gerade weil sie scheinbar so umfassend ist, das Ganze des menschlichen Geistes, nicht des Herzens fordert.

Man könnte man glauben, just diese Beschrän-

kung auf Zeit und Zeitgeist macht die Programmmusik dem neuen Publikum, das unsere Kunststelle bedeutet, besonders wertvoll. Schon die Einführung jedoch zeigt, daß eher das Gegenteil richtig ist. Die ganz große Kunst, wenn wir zu ihr nur einige Distanz haben, wirkt unmittelbarer auf diese Masse der Hörer als jeder Mensch fahnenmalender, jede Absicht literarischer und philosophischer, um nicht zu sagen politischer Musik. Wenn dies über die Kunst etwas auszusagen, so doch auch über das Publikum. Die Erfahrung kann sehr wohl durch die Theorie begründet werden. Der Sozialismus, der sich als Träger der Zukunft fühlt, seiner Sendung sich bewußt ist, wird allemal die Kunst wählen, die in die Zukunft weist, auch wenn sie durch die Zeit ihres Entstehens vergangenheit ist; er wählt die Zukunft, nicht die Gegenwart. In dieser wurzelt er, soweit er als Publikum in Betracht kommt, durch das Verbundenheitsgefühl der täglichen Arbeit, der Ehrfurcht vor der Arbeit, also auch der künstlerischen. Er will hier nicht „Masse“ sein, wenn es die Vielen bedeutet, er will die Masse, die das Ganze einer Nation bedeutet. Dieses wäre ohne jenes nicht möglich; aber die Zahl hat einen Sinn bekommen. Vielleicht war es zuerst nur die Zahl, die das Erlösische des Kunstgenießens sprengen half. Noch bevor die Masse erkannte, daß sie ein Anrecht auf die Kunst besitze, hat man sie als Mittel des Kunstbetriebes, des Kunsthandels, des Kunstgeschäfts nutzbar zu machen gewünscht. Konzertsäle, dann Theater, „renovieren“ sich nur, wenn sonderweise Besucher gleichzeitig abgepaßt werden; also entsteht die Industrieballe für Musik, der Zirkus fürs Theater, und Kunst, die auf Gegenwart eingestellt ist, sucht sich die neuen äußeren Formen anzupassen. Doch die Masse, zu einem Zukunftswillen erwacht, in dem Kunst naturnotwendig mitbeschlossen ist, weigert

sich, Sklave der Gegenwart, Objekt ihrer Tendenzen zu sein, da doch Subjekt zukunftsweisender Tendenzen zu sein ihr Sinn ist. So kommt es, daß die Formen, die zur Bewältigung des Kunstverlangens der ihrer Aufgabe sich bewußten Masse gesucht werden, von dem Schema der gedankenlosen Vergroßnerung — bis eben zur Masse der Zahl — durchaus verschieden sind. Das „Theater der Tausende“ ist der letzte Ausdruck des Theatergeschäfts gewesen; der Händler meint es so. Die Tausende aber, die das Publikum für jenes Theater stellen sollen, wollen nicht die Kunst als Betriebsmittel, sondern fordern die Mittel für die Kunst. Wohl sind auch wir mit diesen Bestrebungen in die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Augenblicks verflochten; in der Gegenwart müssen die Tempel der Zukunft gebaut werden.

Ein sichtbarere Ausdruck dieses Wollens könnte entstehen in einem „Volkshaus der Kunst“. Oper, Konzert, Schauspiel, die „große“ Tragödie ebenso, wie das Kammerpiel, Improvisationen, Vortragsfeste zur Vorbereitung und Einführung, alles sollte hier möglich sein und geboten werden. Die fehlende Kunst fehlt hier durchaus nicht. Dieses Volkshaus der Kunst ist allerdings kein Museum; es bleibt überhaupt fraglich, ob unser herkömmlicher Musealtypus wirklich geeignet ist, um Bilder und Plastiken zum Volkstum zu machen. Doch ein Bau, in allen seinen Teilen zweckentsprechend und schon ausgeführt, kann zur Erziehung auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst mehr beitragen als zehn Ausstellungssäle und tote Museen. Die vielen Räume dieses Volkshauses würden sogar einen Wechsel im künstlerischen Wesenbild gestalten; die Bilder an der Wand sollen jedesmal mit dem ganzen Raum, mit seiner äußeren und inneren Architektur übereinstimmen. Und sogar ein — Kino ist vorgesehen! Nicht bloß

aus materiellen Gründen, nicht einmal in erster Linie. Das Kino einfach abzulehnen, wäre die verfehlteste Methode, die eine ihrer Aufgaben bewußte künstlerische Volkserziehung einschlagen könnte. So wenig die Malerei vor zwei Menschenaltern die Photographie durch Beschwörungen und Verfluchungen aus der Welt schaffen konnte, so wenig heute das Theater, das Kino. Man muß sich mit diesem Kino nicht bloß abfinden, nein, man muß seine großen künstlerischen Möglichkeiten entwickeln helfen, indem man dem guten Film ein Publikum schafft. Der gute Film ist keineswegs gleichbedeutend mit lehrhaftem oder gar langweiligem Film; dies zu erweisen, ist ein Publikum vonnöten, für das zu schaffen sich dem Künstler des Films lohnt.

Überall zeigt sich die Gebundenheit jedes Strebens, das der Zukunft gehört, an die Bedingungen der Gegenwart. So bauen wir vorerst in Gedanken, weil wir nicht schon in Material bauen können. Ja, aber es gibt doch Mäzenaten! Nein, die gibt es nicht, kann es gar nicht geben. Denn wie sollte sich einer oder mehrere finden, die bedingungslos die Bedingungen des Kunstgeschäfts ausbeuten müßten? Eine Sache um ihrer selbst willen tun, wenn diese Sache sich dem Bewußtsein als eigener Wille einverleibt hat, dann wird sie getan sein. Nur die Einheit von Kunst und Volk kann den Plan verwirklichen, dessen Arönung sie ebenso ist wie seine Voraussetzung. Nur ein Gesamtwillen wird dieses Volkshaus der Kunst schaffen. Die Zeiten sind nicht günstig, gewiß nicht; aber für Aufgaben der Zukunft gibt es keine Konjunktur, sondern nur freie Bereitschaft. Diese Bereitschaft zu schaffen, ist die Aufgabe unserer Kunststelle, ihr Zweck, ihr Sinn.

Zimmermann, Seipel und Kompagnie.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Ungarn hat seinen Horst, Italien seinen Mussolini; Oesterreich hat zwei Diktatoren in Zischnerformat. Und die bürgerliche Welt ist zufrieden, daß sie zwei solche Kerle hat: repräsentative men einer Zeit, die hinter großen der Foch und Lubendorff kommt.

Der Seipel, der österreichische Bundeskanzler, reist gerne. Er war in Prag, Berlin, Verona, Genf und Paris, in Budapest und Belgrad, er ist heute in Mailand und Rom. Zur Abwechslung fährt er in Oesterreich herum, nach Linz, Graz und Innsbruck, um dort gegen die Sozialdemokraten zu reden. Herr Zimmermann, der Generalkommissar des Völkerbundes, sitzt in Wien und schreibt.

Er schreibt einen Brief an den Bundeskanzler Seipel — wiedergegeben als Anhang zum zweiten Tätigkeitsbericht des Generalkommissars an den Völkerbund — in dem er ihm in dürren Worten sagt, daß, wenn die österreichischen Minister sich erlauben, mit ihm besprochene (d. h. von ihm anbefohlene) Maßnahmen im Zuge der parlamentarischen Verhandlungen oder gar durch Zugeständnisse an die Gewerkschaften abzuschwächen, sie ihn vorher noch einmal zu fragen hätten. Er schreibt einen Brief an den Finanzminister, in dem er ihm mitteilt, er sei über die ausgewiesene Kürzung irgendwelcher Budgetzahlen außerordentlich erfreut, aber er glaube sie nicht. Er schreibt in den offiziellen Bericht selbst einen Küffel für den außerordentlichen Kabinettsrat hinein, jene Körperschaft, die — ein schwerer Erfolg der Sozialdemokratie — bei der Durchführung des Sanierungsprozesses das Parlament betreibt. Er hat einem amerikanischen Journalisten ein Interview gegeben, von dem nach allen Befreitungen noch immer so viel übrig bleibt, daß er sich außerordentlich abfällig über die „gegenwärtige Zusammensetzung“ der österreichischen Regierung geäußert — sie besteht bekanntlich aus gewerkschaftlich organisierten Republikanern, die in scharfem Gegensatz zu ihren reaktionär-monarchistischen Offizieren stehen — und die weitere Einschränkung der sozialpolitischen Einrichtungen angedroht hat. Auf seinen Einfluß ist es zurückzuführen, daß die österreichische Regierung eine Verringerung der Anzahl der Ministerien vorgeschlagen hat, bei der just das selbständige Secretariatium verschwinden sollte — eine Zumutung, die in keinem anderen noch so schwachen Staate der Welt ihr Vorbild findet. Er erreichte damit vorläufig freilich nur, daß Otto Bauer in einer glänzenden Rede im Parlament, die selbst auf die bürgerlichen Parteien nicht ohne Einfluß blieb, diesen Eingriff einer angeblichen Finanzkontrolle in das sinnbildliche Gebiet der Souveränität und den empfindlichsten Teil der Ehre dieses Landes gebührend zurückwies und im Namen der sozialdemokratischen Partei einen Belehrenwurf im Nationalrat einbrachte, wonach unbefugte Mitteilungen an den Generalkommissar, die ihn zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der österreichischen Republik auffordern, als Landesverrat bestraft werden sollen. Die bürgerliche Presse empfing diesen indirekten Abwehr der Einmischung mit einem Wutgeschrei; Herr Zimmermann selbst quittierte sie — in einem der vielen Oesterartikel, die er einem halben Dutzend bürgerlicher Zeitungen schrieb — mit einer spitzen Bemerkung.

Es muß gefagt werden, daß die diktatorischen Manieren des Herrn Generalkommissars mitunter auch in den Reihen der bürgerlichen Regierungsparteien unangenehm empfunden werden. Die Regierungspresse ist darum eifrig bemüht, die Kritik von ihm abzuwehren. Zwei Tatsachen aber sind durch kein Zement und durch keine Stimmensmache aus der Welt zu schaffen: die eine, daß die Unterwerfung unter das Diktat des Herrn Zimmermann Oesterreich bisher insgesamt den Betrag von dreieinhalb Millionen Pfund an Krediten eingetragen hat — ein Betrag, dessen Vielfaches durch die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Zwangsanleihe im Lande selbst mit Leichtigkeit aufzutreiben gewesen wäre. Und die andere: daß eben diese Unterwerfung unter das Diktat des Herrn Zimmermann Oesterreich den Betrag von viereinhalb Milliarden Kronen jährlich kostet — einen Betrag, von dem hierzulande tausend Arbeitslose ein Jahr lang ihr Leben fristen müssen.

Unter ähnlichem Gesichtspunkt ist auch die gesamte Regierungstätigkeit des Herrn Seipel, also die ganze sogenannte Sanierung Oesterreichs zu betrachten, von der die Welt durch die gefällige Auslandspresse jetzt wohl erfährt, daß sie geradezu unaufhaltsam fortschreite. Ein Blick in die österreichische Wirklichkeit zeigt, daß dieser angebliche Fortschritt in Wahrheit ein Hinwegschreiben über Leib und Leben zehntausender arbeitsloser Arbeiter, abgehauener Beamter, hungernder und frierernder Kinder ist. In den Straßen Wiens kehren jetzt die zerlumpten Gestalten wieder, die man zwei Jahre lang nicht sah; in den Schulen Wiens kommt es jetzt wieder vor, daß Kinder vor Hunger ohnmächtig zusammenfallen; die Statistik zeigt ein Anwachsen der Sterblichkeitsziffer, eine Zunahme des Asylbesuches und der Kriminalität. Und wenn etwas fortschreitet in Oesterreich, so ist es die Teuerung, die, wie der letzte amtliche Monatsindex von plus sechs Prozent zeigt, den vorübergehenden Rückgang der letzten Monate längst wieder

überholt, bei den wichtigsten Waren die höchsten Preise überschritten hat und nun durch die Einführung der allgemeinen Warenumsatzsteuer einen neuen furchtbaren Anstieg erhalten wird. Ist so die wirtschaftliche und soziale Bilanz dieses Regierens ein einziger Hohn auf sein vielfaches Lob, so begegnet auch die rein politische Wirksamkeit des Herrn Prälaten Seipel nicht nur dem unbeugsamen Widerstand der Arbeiterklasse, sondern selbst wachsendem Zweifel in den Reihen seiner Majorität. Seine „großdeutschen“ Koalitionsgenossen — also etwa die österreichische Spielart der Deutschnationalen und Volksparteiler im Reich — vermögen ihre Gefolgschaft für den römischen Prälaten und ihren Gehorsam gegenüber dem fremden Generalkommissar ja überhaupt nur durch die grotesksten Kapriolen zu rechtfertigen; also etwa damit, sie hätten ja gegen den Friedensvertrag von Saint-Germain gestimmt (!); aber da er nichtsdestoweniger Tatsache geworden sei, hätten sie nun für den Genfer Vertrag stimmen müssen! Wozu zu bemerken ist, daß der Friedensvertrag den bis dahin der fremden Besatzung preisgegebenen Land immerhin statt des ersehnten Anschlusses die Selbständigkeit gab; der Genfer Vertrag aber statt der Selbständigkeit die Sklaverei.

Indes auch in den Reihen der christlichsozialen Partei selbst macht sich, wenn man bürgerlichen Berichten trauen darf, eine gewisse Opposition geltend, die die großen Worte und starken Gesten des Bundeskanzlers mit seinen beschiedenen Erfolgen vergleicht. Und wahrlich, diese Erfolge sind klein genug! Die parlamentarische Maschine stockt seit mehreren Wochen: Budget, Reform, Reorganisation der Ministerien, neue Wahlordnung — jede Vorlage ein Stück „Sanierung“ und ein Stück Reaktion, aber jede Vorlage auch Gegenstand des schärfsten parlamentarischen Kampfes und eine halbe Niederlage der Regierung! In diesen halben kommen die ganzen Niederlagen: der Verfassungsgerichtshof hat nicht weniger als zwei „Sanierungs“verordnungen der Regierung als gesetzwidrig aufgehoben und er hat obendrein den sozialdemokratischen Bürgermeister von Wien von der Anklage der Rechtsverletzung freigesprochen, die die christlichsozial-großdeutsche Regierung wegen Nichtbefolgung einer gesetzwidrigen „Weilung“ gegen ihn erhob. Und zu den juristischen Niederlagen kommen die faktischen: das Ergebnis zahlreicher Gemeindevahlen der letzten Zeit hat die Stellung der Sozialdemokratie nicht nur bestätigt, sondern vielfach gestärkt, in breiten Schichten des produzierenden Bürgertums beginnt sich dank der würgenden Wirkungen der Sanierungspolitik, den Sieben der Saktenkreuzler und den in die Augen springenden Leistungen der sozialdemokratischen Gemeinde Wien ein gewisser Stimmungsumschwung zu bekunden und zuguterletzt haben es die Berlebrangestellten durch die aus geringfügigem Anlaß ausgebrochene „passive Resistenz“ (eine Spezialität österreichischer Staatsbetriebe: die Angestellten streifen bei der Arbeit, indem sie, ohne eine Minute ihres Dienstes zu veräumen, genau nach den Vorschriften arbeiten — in wenigen Tagen stockt der ganze Betrieb!) Herrn Seipel gezeigt, daß sie ihr Mitbestimmungsrecht nicht durch sein Diktat ersetzen lassen. Angesichts solcher Erfolge aber geht Herr Seipel hin und verkündet, er sei für eine Koalition mit den „Marxisten“ nicht zu haben, er müsse vielmehr „den Kampf gegen die Befürworter des Klassenkampfes“ weiterführen — deutliche Wink nicht etwa an die Marxisten, die wahrhaftig nicht von einer Koalition mit Herrn Seipel träumen, sondern an gewisse Kreise seiner eigenen Partei, denen vor seinen täglichen Provokationen der Arbeiterschaft, vor seiner täglich schwerer werdenden Verantwortung und vor den täglich näher kommenden Wahlen bange wird.

Denn das ist das erste und letzte Wort dieser Heroen der bürgerlichen Politik, das ist es, was ihre Nechtheiten zusammenhält und was ihre Seipel und Zimmermann einigt: der Haß und der Kampf gegen die Arbeiter. In Oesterreich hat die Welt zwei Musterexemplare vor Augen, die, von der Welle der Reaktion emporgehoben, die bürgerliche Diktatur ohne Batonette eskulieren. Es ist der andere, unblutige Typus des bürgerlichen Diktators unserer Zeit: neben den Pöbelnführern und Mörderkämmlingen Horst und Mussolini der Kolonialgouverneur des internationalen Großkapitals und der Prälat der römischen Kirche — gleichfalls Diener einer auswärtigen Macht und darum Herr einer Ineditschen Bourgeoisie! Man braucht nicht erst Seipels heimliche Sehnsucht nach dem Faschismus zu kennen — er versichert erst jüngst in Italien, daß der Faschismus in Oesterreich viele Anhänger habe —, um sich zu fragen, welches der vollendetere Typus sei. Herr Zimmermann wäre aetwih ein erfolgreicher Manferrer gewesen — da machte ihn das Schicksal zum Generalkommissar der Republik Oesterreich. Und Herr Seipel wäre beinahe ein großer Staatsmann geworden; aber es wurde ein Jesuit daraus.

Wahlreform in der Türkei.

Konstantinopel, 4. April. (Tsch. B.) Die Kammer hat eine Abänderung des Wahlgesezes beschlossen, die sofort in Kraft treten soll. Das neue Gesetz sieht je einen Abgeordneten für 20.000 Wähler anstatt bisher 50.000 Wähler vor.

Wie Resolutionen der Nationalversammlung behandelt werden

Zum Gehaltsabbau der Staatsangestellten.

Aus Staatsangestelltenkreisen schreibt man uns:

Bei der Behandlung des Dezembergesetzes betreffend die Bezüge der staatlichen und anderen öffentlichen Angestellten, wurde im Abgeordnetenhause in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember ein Kompromiß in der Form erreicht, daß einige Härten des Gesetzes verbessert wurden (betreffend die Familienzulagen, der höheren Familienklassen, der Kinderzulagen für im Laufe des Jahres 1923 Geborene) und daß eine Resolution über die Entlohnung mit folgendem Wortlaut angenommen wurde: „Die Regierung wird aufgefordert, den Staatsangestellten, welche die entsprechenden Dienstjahre zur Erlangung der letzten Gehaltsstufe der Rangklasse, die durch die Vorrückung in der Zeit erreicht werden kann und welche diese Stufe wirklich erreichten, weiter den Bediensteten, welche bei denselben Voraussetzungen die letzte Gehaltsstufe erreichten, bei guter Qualifikation eine in die Pension nicht einrechnbare Zulage zu gewähren und zwar: Den Beamten der Gruppe A und B zwei dreijährige Zulagen von 900 K jährlich. Den Beamten der Gruppen C und D zwei dreijährige Zulagen von 400 K jährlich. Den Beamten der Gruppe E zwei dreijährige Zulagen von 300 K jährlich. Weiter: Den Unterbeamten zwei zweijährige Zulagen von 250 K jährlich, den Bediensteten zwei zweijährige Zulagen von 200 K jährlich. Weiter möge den Professoren der Hochschulen, soweit sie sich im Genusse der letzten Gehaltsstufe der IV. Rangklasse der Staatsbeamten befinden, eine in die Pension nicht einrechnbare Zulage und zwar die Summe von jährlich 3000 K für 3 Jahre gewährt werden.“

Diese Resolution ist durch das Abgeordnetenhaus angenommen und auch vom Senate der Nationalversammlung.

Die Regierungsverordnung zum Gesetze vom 20. Dezember 1922, Z. 394 wurde herausgegeben. Das Gesetz wurde vollständig durchgeführt, soweit seine einzelnen Bestimmungen in Kraft traten. Schon vor der Vorlage des Antrages im Parlamente, hat das Finanzministerium in einem Zirkulare entschieden, daß schon vom 1. Jänner 1923 an eine 50proz. Quote an Einkommensteuer und die erhöhten Pensionsbeiträge abgezogen werden. Aber der Inhalt der Resolution ist auch nicht einmal in der Regierungsverordnung, welche am 15. Februar, zwei Monate nach Veröffentlichung des Gesetzes, herausgegeben wurde, angeführt. Eine andere Verfügung, daß die Remunerationen tatsächlich ausgezahlt werden, ist auch nicht erfolgt.

Die Teuerung bleibt und der Angestellten-schaft werden nur Abzüge vorgeschrieben. Das, was zu ihren Gunsten sein sollte, bleibt ein Stück Papier. Am 16. und 20. Dezember wurde durch das Parlament das Verpfändungsgebet, das unter den Umständen, welche es herbeiführen, verpflichtend ohne Vorbehalt! Daher verlangen die Angestellten dessen Erfüllung ohne jeden Vorbehalt. G. S.

Genossen! Verbreitet das Zentralorgan!

Tages-Neuigkeiten.

Eine Schändung des Weltfeiertages des Proletariats. Vor einiger Zeit war in den Prager tschechischen Blättern die dann auch von uns übernommene Nachricht verbreitet, daß der Verkehr auf den Prager Straßenbahnen am 1. Mai des heurigen Jahres aufrecht erhalten werden wird. Diese Nachricht wurde von uns mit Vorbehalt aufgenommen, denn es war nicht anzunehmen, daß die von einem tschechischen Sozialdemokraten geleitete Hauptstadt Prag den Weltfeiertag des Proletariats auf diese Weise schänden würde. Nun scheint, wie das „Ceske Slovo“ meldet, diese ungläublich klingende Nachricht sich dennoch bewahrheiten zu wollen. Das „Ceske Slovo“, das in Angelegenheiten der Prager Straßenbahn stets genau informiert ist, da die Prager Straßenbahner in der Mehrzahl tschechische Nationalsozialisten sind, berichtet nämlich, daß die Prager Straßenbahn am 1. Mai höchstwahrscheinlich wieder das erstmal nach dem Unsturze verkehren wird.

Nach dem Vorbild des Bundesgenossen an der Moldau. Ueber die Beratung und Abstimmung des rumänischen Budgets berichtet die Tagesblätter „Arbeiterzeitung“. Die Beratung des 15 einhalb Milliardenbudgets ging also vor sich. Die Mitglieder der Unterkommissionen des Budgetausschusses versammelten sich einmal in bezugsfähigen Ministerium, wo ihnen etwas erzählt wurde, das sie zur Kenntnis zu nehmen hatten. In der Kammer tagte die Budgetkommission nur, um formell den Bericht des Referenten zu genehmigen. So war es allen anderen Deputierten unmöglich, an den Sitzungen teilzunehmen, was sie sonst tun dürfen, sofern sie eigene Anträge

stellen. In der Vollziehung der Kammer können aber Abänderungsanträge nicht gestellt werden, wenn sie nicht bereits im Ausschusse vorgebracht worden sind. Mit anderen Worten, man konnte wohl Wünsche vortragen, aber keine Anträge stellen. Die Generaldebatte dauerte eine Stunde. Die Spezialdebatte mit den Vorlesungen der Artikel und den elf Abstimmungen ungefähr zwei Stunden. Das war den Herren noch nicht rasch genug — sie hatten am Abend einen Tee beim Außenminister zur Feier der Konstitution — und sie riefen: „Mai repede!“ (Schneller!) So verwalter man den Staat. — In Bukarest weiß man sich das Vorbild Prag zu schämen. Dort ruft man allerdings im Parlament: „Mai repede!“, während man in Prag noch bei der allerdings auch sehr raschen Wiederholung des Satzes: „To je vāsina“ geblieben ist.

Ritualmordmärchen in Kaschau. Nach den Meldungen der slowakischen Kaschauer Blätter waren während der Osterfeiertage in Kaschau Gerüchte über zwei Ritualmorde im Umlaufe. So soll in einer Gemeinde bei Kaschau ein Arbeiter seine 17jährige Tochter den Juden als Ritualopfer verkauft haben. Der Geliebte des Mädchens erfuhr von der Sache und schlug mit Hilfe seiner Kameraden die Tür zu der Kammer ein, in der sich zahlreiche Juden zur Ritualfeier eingefunden hatten. Dem Mädchen hätte man bereits die Haare abgeschoren und die Fingerringe weggerissen. In der Räumlichkeit seien hinter einem Tische sieben Juden gefessen, welche den Ritualmord durchzuführen sollten. — Der dem anderen Falle handelt es sich um einen Erpreßbrief eines Mühlenleiters, der einen Ausbruch des Kaschauer Juden ein christliches Mädchen erhöt und ihr dann die Finger abgeschnitten hätten. Die Polizei ging der Sache, obwohl es sich um offensichtlich falsche Gerüchte handelte, nach und stellte fest, daß an den beiden Gerüchten nicht ein Wort wahr sei.

Ein kommunistischer Defraudant. Dieser Tage wurde in Znaim der bekannte Kommunist Ladislav Reznicek verhaftet, weil er sich in der Pabsterteilung des Polizeiamtes große Betrügereien zuschulden kommen ließ. Er entfernte immer von alten und erledigten Gesuchen die Stempel, klebte diese auf neue Gesuche auf und ließ sich von den Parteien die „Stempelstempel“ erlesen. Auf diese Weise hat er den Staat um große Summen betrogen. Das Polizeiamt hat nun gegen Reznicek die Strafanzeige erstattet. Die Znaimer Kommunisten haben auf diese Anzeige hin Reznicek aller Funktionen entsetzt und wollen nun von dem Mann, von dem Mama einst in der „Kistka“ schrieb, daß aus dem Reznicek (Fleischhauerchen) ein anständiger Reznik (Fleischhauer) werden müsse, nun nichts mehr hören.

Der Prozeß gegen die Mitwisser Soupals. Der Verhandlungstermin gegen die Mitwisser Soupals wurde heute festgesetzt. Die Verhandlung findet am 13. April vor dem Senate des OGH, Kleiner im Prager Landesstrafgerichte statt.

Niesige Steuerhinterziehungen dratischer Zigarettenfabrikanten. Nach Mitteilung von Sachverständigen der Zigarettenindustrie entgehen in Deutschland jährlich etwa fünf Milliarden Zigaretten der staatlichen Kontrolle, was einen Steuerverlust von rund zweihundert Milliarden Mark jährlich bedeutet. Der Hauptgrund für diesen jährlichen Steuerausfall besteht hauptsächlich darin, daß die oft fehlerhafte Führung von Geschäftsbüchern unrichtige Ziffern ergibt und daß gefälschte Steuerbanderollen verwendet werden.

Amerikanischer Betrügertrick. Aus Fort Worth (Texas) wird gemeldet: Hier wurden 18 Personen verhaftet, welche beschuldigt werden, die Dienste der Post dazu benützt zu haben, um die Öffentlichkeit um einige Millionen Dollars zu bringen, indem sie Zirkulare versandten, in welchen sie zur Subskription auf Aktien verdächtiger Petroleumgesellschaften aufforderten. Die Verhaftung weiterer sieben Personen soll unmittelbar bevorstehen.

Grauenhafter Mord. In den ersten Morgenstunden des Ostermontag wurde der in Klein-Mohrau bei Freudenthal wohnende 48 Jahre alte Zimmermann Johann Feil, durch unbekannte Täter ermordet. Der Schädel war durch Artzheile zertrümmert und bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden. Anscheinend haben die Täter das Haus durch die kleine, an das Haus angebaute Scheune verlassen. An Ort und Stelle fehlt angeblich ein Männeranzug. Feil hinterläßt eine Witwe und sieben Kinder, von denen der älteste Sohn 19 Jahre alt ist. — Da der Verdacht vorliegt, daß die Gattin des Ermordeten Emma Feil an der Bluttat beteiligt sein könnte, wurde sie am Ostermontag abends von der Gendarmerie in das Bezirksgericht nach Freudenthal eingeliefert.

Der Entdecker des Grabes Tutankhamens gestorben. Aus London wird vom 5. April gemeldet: Lord Carnarvon ist heute zeitlich früh gestorben. Er war bis zum letzten Augenblick bei vollen Bewußtsein. Seine Krankheit wurde durch den Stich eines Moskito in die Wange beim Betreten der Grabstätte Tutankhamens verursacht, die er bei den in Luxor in Ägypten unter seiner Leitung durchgeführten Ausgrabungen entdeckte. Der Infektion durch eine Blutergußung herbeigeführt, welche sich bald auf die Drüsen verbreitete und eine Lungenentzündung verursachte. Lord Carnarvon, welcher im Alter von 57 Jahren starb, begann sich schon vor 16 Jahren gelegentlich der Rekonvaleszenz nach einem schweren Automobilunfall für die Ägyptologie zu interessieren. Aus dieser Augenblicksliebhaberei

wurde die Ägyptologie zu seiner bevorzugten Wissenschaft. Seine Ausgrabungen wurden durch die größte Entdeckung in der Geschichte der Ägyptologie getönt. Die Deckung der inneren Kammer von Tutankhamens Grabstätte war der bedeutendste Augenblick seiner Karriere und hat seinen Namen auf der ganzen Welt berühmt gemacht.

Eine gräßliche Mordtat. Das Abendblatt des „Ceste Stovo“ meldet: In der Gemeinde Dofin bei Vrbo an der Straße Brüx-Prag, wurde am 3. April um 1 Uhr nachts ein Doppelmord verübt. Die 24jährige verwitwete Arbeiterin Anna Vesček, die im Gemeindefausthause wohnt, ergriff eine schwere Art und verletzte ihrem schlafenden 16jährigen Sohn Franz Vesček einige Stiche in den Kopf. Auf die gelenden Hilferufe des Knaben liefen Nachbarn und der Gemeindevorstand herbei, welche die Mörderin entwarfen. In dem entstandenen Wirrwarr ergriff die Mörderin ihren dreijährigen Enkel Franz Vane, eilte mit ihm zum nahen Teiche, warf ihn ins Wasser, wo das Kind ertrank. Sie stellte sich nachts selbst dem Launer Gerichte. Der verwundete Franz Vesček liegt im Launer Krankenhaus im hoffnungslosen Zustande. Als Grund der Tat gibt die Mörderin, deren Geisteszustand geprüft wird, die unzureichenden Wohnungsverhältnisse an, unter denen sie nicht leben könne.

Verzweiflungstaten Arbeitsloser. Montag wurde aus dem Teiche „Drahota“ nächst Neu-Mitrowitz bei Píseň die Leiche des seit einigen Tagen abgängigen Tagelöhners Peter Hosenedl aus Neu-Mitrowitz gezogen. Hosenedl hat wegen längerer Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt. Die Witwe Veska in der Gemeinde Donin bei Laun, die seit längerer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfte, erschlug dieser Tage ihren 15jährigen Sohn mit einer Gade und warf ihren 14jährigen Enkel, das Kind ihrer 25jährigen Tochter, in den nahen Teich. Sie selbst ist seit dieser Zeit verschwunden und man nimmt an, daß auch sie ihrem Leben ein Ende gemacht hat.

Das Freiendertum im Kampfe gegen die Reaktion. Bei der heute im Korollarium (Eisengasse) vom Verein „Freier Gedanke“ gemeinsam mit den „Sozialistischen Akademikern“ und dem Verein „Deutscher Arbeiter“ veranstalteten, allgemein zugänglichen Versammlung wird der Berliner Reichstagsabgeordnete Adolf Hoffmann über obiges Thema referieren. Der Referent war aus den Reihen der Freiendert der erste Unterrichtsminister nach dem Umsturz in Deutschland und hat sich um die Befreiung der Kinder konfessionsloser Eltern vom konfessionellen Religionsunterricht große Verdienste erworben. Bei der dem Referate anschließenden Diskussion ist den Vertretern der Glaubensgenossenschaften vollste Redefreiheit gewährleistet. Beginn 8 Uhr abends.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 1. April 1923 enthält folgende Artikel: Arch. Von B—nn. — Der Kleinhandel und sein Verhältnis zur Volkswirtschaft. Von Gustav Altman (Reitendorf). — Realbesitz. Von B—nn. — Genossenschaftliche Warenhäuser. Von B—nn. — Zwed und Wesen der Versicherung. Von Alexander Michal (Prag). — Die Konkurrenz. Von B—nn. — Die Anfänge der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei. Von Josef Kron (5. Fortsetzung). — Eine Antwort. Vorstandssitzung. — Genossenschaftliche Entgleisungen. — Genossenschaftliche Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Aus dem Staatsgeheiß. — Literatur. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Gegen den gelben Schwindel!

Protektverjammung der Prager deutschen und tschechischen Angestellten. — Polizei im Laufschrift gegen die freien Gewerkschafter.

Die C. D. B., der tschechische gelbe Angestelltenverband hatte sich bei den letzten Wahlen in den Gehilfenauschuß des Prager Cremitiums eine Mehrheit erschwandelt. Der gelbe Gehilfenauschuß hat nun mit den Unternehmern einen Kollektivvertrag vereinbart, den wir in unserem gestrigen Artikel zur Genüge charakterisiert haben. Um den Abschluß des Vertrages möglichst zu machen, griffen die C. D. B. Leute wieder zu einem groben Betrug. Sie beriefen für Donnerstag abends eine Versammlung in die „Beseda“ in der Jerusalemgasse ein, zu der nur Geladene Zutritt haben sollten und für die sie, um einen Vorwand für ihre Maßnahmen zu haben, u. a. einen Vortrag des Senators Kloss über den „Geist Americas“ ankündigten. Die Mitglieder der gelben C. D. B. wurden zur Versammlung selbstverständlich alle eingeladen, von den in der freien Gewerkschaft organisierten Angestellten erhielten nur wenige eine Einladung. Gegen diese Vergeßlichkeit der Angestellten legten die freien Gewerkschaften beim Prager Magistrat Protest ein, die Bureaufakten im Prager Rathaus aber traten einflusslos für den Schwindel ein. In der Sitzung des Senats des Magistrats denunzierte Bürgermeister Dr. Vaxa die freien Gewerkschafter als Staatsfeinde und Volkshewiten, die den Vortrag des Senators Kloss stören wollten. Diese Verleumdung ist umso weniger begründet, als der Vortrag Kloss' ja ohne Vornahme der Verhandlungen über den Kollektivvertrag, um den es sich den Gewerkschaften alle in handelte, hätte stattfinden können. Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Vaxa ging der Senat des Magistrats daher über den Protest zur Tagesordnung über.

Gestern Donnerstag abends fanden sich die im Laufe des Nachmittags rasch alarmierten Anhänger der freien Angestellten-Gewerkschaften in großer Zahl im „Libov dům“ in der Hybernergasse ein und zogen vor das Gebäude der C. D. B., um Zutritt zu der Versammlung zu verlangen. Sofort rückte ein gewaltiges Polizeiaufgebot im Laufschrift an und der Pendred, der bisher nur gegen Deutsche und Kommunisten gearbeitet hatte, trat zum erstenmal gegen freie Gewerkschafter, also auch gegen tschechische Sozialdemokraten in Aktion. Da es ohne unnützes Blutvergießen

nicht möglich schien, den Zutritt zu der Versammlung zu erzwingen, hielten die Gewerkschafter eine Protektverjammung auf offener Straße vor der „Beseda“ ab und zogen dann in das „Libov dům“, wo die Versammlung fortgesetzt wurde.

Den Vorsitz in dieser Versammlung führte Weil, es sprachen für den tschechischen Verband Abg. Klein und Meißner, für den deutschen Zentralverband Genosse Köhler.

Abg. Klein geißelte das Verhalten der Gelben und besonders die reaktionäre Politik des Prager Rathauses, wie sie Dr. Vaxa vertritt und die offen den Kapitalismus mit Polizeigewalt gegen die gerechten Forderungen der Angestellten schützt.

Meißner skizzierte den Inhalt des Kollektivvertrages und verwies darauf, daß die bisherigen Löhne trotz des gesenkten Zustandes günstiger waren als die im Vertrag vorgesehenen. Besonders drückend müssen die Angestellten die Bestimmung empfinden, daß am Weihnachtsfesttag unentgeltlich gearbeitet werden soll.

Genosse Köhler verglich das Vorgehen des Prager Magistrats gegen die Angestellten mit dem des Wiener Gemeinderats vor 25 Jahren. Auch dort hat ein Magistratsrat, der christlich-sozialer Abgeordneter Dr. Weiskirchner, wie jetzt in Prag der Magistratsrat Bil, das Unternehmertum gegen die Angestellten geschützt. Mit der Prager Reaktion werde man ebenso fertig werden, wie man mit der Wiener Reaktion fertig geworden sei. Notwendig sei dazu allerdings die Mitarbeit jedes einzelnen am großen Werke, notwendig die Stärkung des Massenbewußtseins und die internationale Einigkeit der Angestellten.

In ähnlichem Sinne sprach dann noch der Vorsitzende Weil. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Exekutive der Angestelltenverbände plant, für die nächste Zeit eine große Protestkundgebung in den Lucernasaal einzuberufen.

Die von der C. D. B. einberufene Versammlung nahm natürlich den Kollektivvertrag nach dem Referate des Sekretärs Bil an. Aber auch Gegner der C. D. B. hatten sich eingefunden und gaben ihrer Meinung durch kräftige Zwischenrufe Ausdruck.

Die Bücherproduktion der Tschechoslowakei. Im „Le droit d'auteur“, Bern, veröffentlicht das bibliographische Institut der Tschechoslowakei eine Statistik über die Bücherproduktion des Jahres 1921. Es erschienen insgesamt 5833 Werke, um 225 mehr als im Vorjahr. Die schöne Literatur steht mit 1708 Büchern an der Spitze, es folgen dann Romane mit 766, Recht, Politik und Verwaltung mit 641 Werken. In deutscher Sprache erschienen 659, in tschechischer 4953 und in den anderen Sprachen 226. Auch die Zahl der periodischen Veröffentlichungen ist im Jahre 1921 um 325 auf 2748 gestiegen.

Der Wettersturz zu Ostern, der dem Frühling weiter des letzten Märzmittels ein jähes Ende gesetzt hatte, ist auch jetzt noch nicht überwunden. In ganz Mitteleuropa herrschen wieder niedrigere Temperaturen und die in der Nacht vom ersten zum zweiten Ostertag vorgekommenen verbreiteten Fröste waren besonders in Nord- und Ostdeutschland recht scharf. Auch die Tagestemperaturen erhoben sich vielfach, namentlich an der Ostküste, aber auch in Mittel- und Ostdeutschland nur wenig über den Gefrierpunkt, und alle in den Westen und Süden des Landes blieb

die Bitterung verhältnismäßig mild, obwohl auch hier seit Sonntag 15 Grad Wärme nicht mehr erreicht wurden. Die Ursache dieses ersten scharfen Rückfalls in diesem Frühjahr ist der Zerfall des vorher über Mitteleuropa vorgelagert gewordenen hohen Luftdruck und die Konzentrierung eines neuen kräftigen Maximums über dem Norden Europas, wo immer noch Frost herrscht, und woher der mit nordöstlichen bis südlichen Winden erfolgende Lufttransport die sehr herrschende Kühle zu uns trägt.

Langwaggons in amerikanischen Jügen. Während es bei uns in den Jügen höchstens Speise- und Schlafwagen gibt, führen die amerikanischen Jüge jetzt auch einen Waggon mit, der ausschließlich für den Tanz bestimmt ist. Dieser Waggon ist ein großer, mit allem Komfort eingerichteter Salonwagen, in dem auch viele Plätze für die vom Tanzen sich ausruhenden Reisenden vorhanden sind. Die Tänze werden den Reisenden auf ähnliche Weise angezeigt, wie in den Speisewagen, die zur Verfügung stehenden Speisen. Ein Diener durchwandert vor Beginn jedes Tanzes den Zug und gibt bekannt, was für ein Tanz soden begonnen wurde.

Der Fleischverbrauch von Prag. In das Prager Zentralfleischhaus und auf den Viehmarkt wurden, wie „Tribuna“ mittelt, im Jahre 1922 im ganzen 359.439 Stück Lebewied befördert. Auf der hiesigen Hampe wurden ausgeladen 348.706 Stück Lebewied, u. zw. 68.124 Rinder, 5662 Käiber, 26.595 Schöpfe, 1265 Lämmer, 144.525 Schweine, 98.999 Bagauner Schweine, 127 Pferde. Aufgetrieben und per Achse kamen 10.733 Stück Vieh, u. zw. 4838 Rinder, Schöpfe und Ziegen 1702, Schweine und Ferkel 1456, Pferde und Esel 2731 Stück. Geschlachtet wurden in der Zentralfleischhaus im Jahre 1922 239.700 Stück (+ 59.471 gegen 1921), u. zw. 44.570 Stück Rinder (+ 7244). Von den Schweinen kamen 42.803 aus der Tschechoslowakei, 16.324 aus Ungarn, 57.544 aus Jugoslawien, 109.401 aus Rumänien, 6228 aus Italien, 8842 aus Polen, 1686 aus Dänemark, 1349 aus Oesterreich und 823 aus der Bulowina. Pferde wurden um 649 mehr als 1921 geschlachtet (November 294). An Fleisch und Kleinvieh von außerhalb Prags gelegenen Orten wurden im Jahre 1922 eingeführt: 12.900 Schöpfe, 72.002 Käiber, 118.251 Schweine, 7890 Lämmer, 12.106 Ferkel, 1620 Ziegen, 3.891.988 Kilogramm Rindfleisch und 107.326 Kilogramm Schweinefleisch. Acht Tierärzte versehen den Dienst im Zentralfleischhaus.

Vom Blitz getötet. Bei einem der Frühjahrsgewitter, die in den abnormal warmen Tagen der Vorwoche über einzelne Teile Böhmens niedergingen, ist in der Gegend von Meinetzschlag in Nordböhmen ein 18jähriges Mädchen, das von der Feldarbeit nach Hause ging, von einem Blitzstrahl getroffen und getötet worden.

Beim Spielen ertrunken. Vor einigen Tagen spielten unter Aufsicht eines Mädchens die Zwillingbrüder des Ehepaars Siller in Grasslitz in einem Garten. Durch die vom Garten zu dem Fluße führende Tür gelangte in einem unbewachten Augenblicke der zweieinhalbjährige Franz an den Fluß, stürzte hinein und ertrank.

Kleine Chronik.

Schildkröten als Angestellte. Die amerikanische Stadt Hillsdale besitzt wohl die merkwürdigsten Angestellten, die es gibt, nämlich richtige Schildkröten, die eine sehr nützliche und notwendige Arbeit verrichten. Die Stadt ist auf lockeren Boden gebaut, und die Röhren, die das Oberflächenwasser in die Tiefe leiten, werden bei dem leichten Sandboden häufig verstopft. Da die Röhren viele Kilometer lang sind, so würde es die Steuerzahler sehr viel Geld kosten, um diese Anlagen durch Maschinen und menschliche Arbeitskräfte zu säubern. Die Stadtväter von Hillsdale aber kamen auf einen genialen Gedanken. Es gibt in dieser Gegend eine kleine Schildkröte, die nichts lieber tut, als in Sand und Schlamm zu graben. Man nahm nun eine dieser Schildkröten, besetzte ihr eine lange Schnur um den Schild und ließ sie dann in eine Röhre hineintrischen, die verstopft war. Eine kurze Zeit blieb die Schildkröte bewegungslos, aber dann begann die Schnur, die der Draußenstehende in der Hand hielt, rasch abzulaufen. Eine halbe Stunde später verfundete der Fuß eines Gehilfen, der einige hundert Meter entfernt am anderen Ende der Röhre stand, daß die Schildkröte glücklich angekommen sei. Nach diesem glücklich gelungenen Versuch hat man die Schildkröten in größerer Zahl angestellt und so eine prompte und billige Röhrenreinigung erhalten.

Zusammenstoß zweier Kriegsschiffe im Bosporus. Die englische Admiralität meldet: Am Montag ist der amerikanische Zerstörer „Fox“ mit dem britischen leichten Kreuzer „Ceres“ am Eingang des Bosporus zusammengestoßen. Beide Schiffe wurden beschädigt, Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Pröger. (37)

Früchte.

Ernst und Luise, durch Ketten des Blutes aneinandergeschmiebet, wollten zusammenstehen, wie Menschen, die sich das Letzte gewesen sind. Ein Kind pocht an die Pforte der Welt. Das junge Leben wollte durch die eigene Türe die Welt betreten.

Trotzdem kämpfte Ernst heftig, denn plötzlich schien die Freiheit so hohes Gut, daß man es selbst auf Kosten des Charakters bewahren müßte. Er wurde von wechselnden Empfindungen gezerret. Sehnsucht nach einem eigenen Heim stritt mit ausgeprägtem Selbstbewußtsein und mit unbändigem Gefühl, frei zu sein. Die Sehnsucht lagte und die Vorstellung, er würde in den Augen des Mädchens gerichtet sein, wenn er jetzt nicht zu seinem Wort und Wesen stand. Luise drängte nicht; sie war von rührender Geduld und Schmiegsamkeit, trug die qualenden Launen des Mannes schweigend, und ihre braunen Augen sahen nichts von den Zweifeln, die ihr Gemüt erschütterten.

Wobon sollten sie leben? Ernst verdiente, wenns hoch kam, dreißig Mark. Einige Hundert Ersparnis besaß Luise, was gerade die bescheidene Einrichtung gab. Rechnen verstand Ernst trotz der guten Schulnote sehrmäßig; er nahm ein, ohne viel zu denken, wobei es kam, und gab aus, ohne zu fragen, wohin es ging. Geldausgeben schien ihm recht lustige Tätigkeit und glücklicher Zustand des Lebens, kein Geld zu haben, Grundfrage eines unbekümmerten Baganten, doch recht bedenklich, wenn sich andere Menschen ihr Leben darauf bauen. Ein Glück, daß Ernst wenigstens bedürfnislos war und außer Rauchen keine Leidenschaft häßelte, die viel verschlang.

Stück für Stück schleppten die Leutchen den dürftigen Haushalt zusammen und hingen ihr Nest in einer engen Dachschloßwohnung. Mitte der Stadt, auf Luise strengte sich an, das enge Heim nett zu gestalten. Natürlicher Geschmack und herzliche Liebe standen ihr helfend bei. Der brave Hauswirt zog die schwarze Kneiferschürze prüfend durch die fleischigen Finger und runzelte die Augenbrauen stumm. Als die Leute einmieteten, prangte Luise in allen Gnaden der Mutterhaft, und das stimmte den Menschenfreund bedenklich. Als er jedoch Geld klammern hörte, gab er seinem sittenstrengen Gewissen einen Rasenstüber und unterschrieb den Vertrag.

Sechs Wochen wohnte Ernst in eigenem Heim. Erinnernte er sich früherer Heimstätten, so kam es ihm reich und behaglich vor. Es war nur wenig und sehr einfach, aber das Einfache wurde von Luise peinlich sauber und ordentlich gehalten. Tagen beide am Abend im Erkerwinkel, das Leben rauschte nur gedämpft in ihren Vogelbauer, dann sprach aus Bliden und Gebärden leise Freunde der Geborgenheit. Ernst empfand die Stimmung dieses ruhigen, ganz ernerliche Erwartung hegenden Lebens rein und tief. Er war dem Zwinger entrückt und rührte sich wader, zu erhalten, was junge, frische Kräfte gestalteten. Seine Reizung zu Luise wuchs mit der fortschreitenden Mutterhaft. Er nahm sich stramm in die Fügel, daß kein lautes, herbess Wort in ihre selig wirkende Stille fiel, widmete sich ihr, wo es ging, und streichelte ihre Hände zart und behutsam. Daß Luise Mut aufbrachte, ihrer Reizung zu folgen, und zu opfern, was ihr vorher wertvoll war, dankte ihr Ernst hoch und gelobte, ihr die verlassene Welt zu erleben.

Auf dem bauernbunt gemusterten Tischstuch spielten helle Sonnenkringel. Ernst strich leise über das braune Haar Luises. Die letzte Hitze des Nachmittags summt durch das Zimmer, und eine Fliege schwirte einsam taumelnd von einer

Scheibe zur anderen. Sonst kein Ton... Da sang diese Stille in Ernst:

Wir sitzen beisammen im Zimmer und reden nichts. Dein Haar umjettet ein Schimmer verborgnen Licht. Wir haben uns endlich gefunden. Zeit dies geschah, ist alles um uns verschwunden und nicht mehr da. Ich schau dein Gesicht von der Zeit, halb abgewandt. Ein Entzogen von deinem Neide streift meine Hand. Sonst führt unser trunkenes Sinnen kein lautes Wort. — Minuten vergehen, verimmen... Wir schweigen fort.

Das stille Dasein mündete in einen Sonntag, der blaustrahlend aufzog. Ernst und Luise waren mittags fortgegangen, der Wald lockte, retteten sich vor einem Gewitter noch rechtzeitig heim, verträumten den Abend im Erkerwinkel. Die Nacht schwebte ausgehaltenen Flügelschwung über die Stadt, die weißbläulichen Lichter der Bogenlampen malten wunderliche Formen an die Wände, und aus den nahen Kneipen schallte der Lärm, vielfach verirrt und gebrochen, zur Dachwohnung herauf. Eine Viertelstunde schritt Luise im Zimmer auf und ab. Zuweilen griff sie nach einer Stuhllehne, hielt im Wehen ein und lächelte Ernst schmerzlich mutvoll an. Die Lippen waren streng gepreßt, was ihr von den Mundwinkeln lief ein scharfer Zug das Sinn abwärts.

Ihre Stunde kam. Diese Stunde hatte Ernst gefürchtet und doch zugleich ersehnt. Viel hatte er über Luise gesonnen und über das Wunder ihres Leibes. Sein Wesen war aufgegangen, trieb neue Säfte und blühte, seit es in die kraftvoll herbe Erde dieses

Leibes verpflanzt war. Wie dürr und fruchtarm sein Jagen und Hasen nach Weisheit und Erkenntnis. Nicht im Denken, im Leben selbst liegt das Leben. Luise hatte ihn zum Leben geführt, in eine Welt, deren Türen er vormals mit allen Brellböden des Verstandes einrammen wollte und die spottend aller Gewalt widerstanden. Dann kam das große Erlebnis. Wie ein Gärtner, der gepflanzt hat, und alle Liebe seiner Seele an die Blüte wendet, die der Baum verspricht, begleitete Ernst das Wachstum des Kindes. Die herrliche Schönheit der Mutterhaft bewegte ihn. Seine Sinne blieben frisch; sie stießen sich nicht am Anblick des starken Leibes. Neue, hohe Würde krönte den braunen Scheitel Luises, und willig beugte sich Ernst ihrem adeligen Reiz.

Wohl ist mit deiner Mädchenschaft der keusche Schmelz von dir gestreift, doch nur, weil einer höhern Kraft dein Wesen still entgegensteht. Und schlägst du gleich die Augen tief vor jedem, der des Weges kam: Was dich so glühend überließ, ist deiner Seele schönste Scham.

Noch bist du dir nicht klar bewußt, daß du ein Höchstes eingetauscht, seit tief in deiner eignen Brust der Quell des Lebens selber rauscht. Und süßst dich doch von einer Flut aus Gottes reinstem Born beiaut, nun deiner mütterlichen Gut ein neues Leben anvertraut.

Ich aber flügle meinen Schritt und gräß das neue Leben laut. Viel tausend Stimmen gräßen mit und singen dir, du Lebensbraut! Denn was in beines Schöhes Nacht noch träumt und Blut von dir erhält, wird ein, zum hellen Licht erwaucht, hieselbst der Heiland einer Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Vor einem Streik der Prager Maurer? Die Prager Maurer veranlaßten gestern eine Straßendemonstration. Sie versammelten sich am Wenzelplatz und zogen in einem Manifestationszug in den Entschloßer „Narodni dum“, wo sie für ihre Lohnforderungen manifestierten. Es wurde beschlossen, im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen in den Streik zu treten. Die Differenzen sind, der „Nar. Pol.“ zufolge, folgendermaßen entstanden: Im November wurden den Maurern die Löhne mit Gültigkeit bis zum 31. März um 20 Prozent herabgesetzt. Nun haben die Arbeitgeber eine weitere Lohnherabsetzung um fünf Prozent angekündigt, die sie aber widerrufen haben, als sich das Schiedsgericht für die Befreiung des Novemberabkommens bis Ende September 1923 ausgesprochen hat. Die Maurer sind mit dieser Entscheidung nicht zufrieden.

Ein erfolgreicher Landarbeiterstreik in Nordmähren. Am 1. Jänner wurde auf den Gütern Mautner, Chieri, Groß-Allersdorf und bei der Zentralmährischen Zuckerkonfomien A. G. in Mähren ein 20prozentiger Lohnabbau durch die hier von betroffenen Landarbeiterschaft antwortete damit, daß sie auf den Höfen in Weikersdorf, Reiterdorf, Theresienhof, Mistab, Mährisch-Trübau und Dittersdorf den Streik erklärte. Für den 3. und 16. Jänner waren Lohnverhandlungen anberaumt, die ergebnislos verliefen, weil die Arbeiterschaft höchstens einem 10prozentigen Lohnabbau zustimmte und auf den Naturalienpreisen der Landarbeiterschaft sowie am 20. März, den Großgrundbesitzern für die Annahme der Forderungen der Arbeiterschaft eine Frist bis zum 20. März. Die politische Bezirksverwaltung sah sich nun veranlaßt, neue Verhandlungen anzubereiten, die auch tatsächlich auf Grund eines 15prozentigen Lohnabbaus und einer neuen Regelung der Naturalienpreise eine Einigung ergaben. Auch der sechstägige Urlaub wurde den Landarbeitern belassen. Nur die Zentralmährische Zuckerkonfomien A. G. in Mähren wollte diesem Verträge nicht zustimmen. Als trotz Intervention des Genossen Leiter der Inspektion Kubovy in Mähren sich in Verhandlungen nicht bereit erklären wollte, jetzt die Arbeiterschaft den Streik fort. Wie im alten Oesterreich waren auch in diesem Kampf die Gutshöfe mit Gendarmen zum Schutze der Streikbrecher besetzt. Die ersten Streikbrecher waren Leute, die im kommunistischen Landarbeiterverband organisiert sind. Da, die kommunistischen Parteiführer verhielten sich sehr, Landarbeiter und Kleinbauern aus den Gemeinden als Streikbrecher zu gewinnen. Die Gutshöfe boten, wie es in Grünau der Fall war, den Streikbrechern 20 K täglich. Die Grünauer Kleinbauern, die keine Kommunisten sind, lehnten jedoch den Streik ab. Der Streik wurde schließlich durch die Gefolgschaften und Kampfdisziplin der im sozialdemokratischen Kleinbauern- und Hauslerverband organisierten Mitglieder der Kreisgenossenschaftskommission wurde die politische Bezirksverwaltung für den 31. März neuerliche Lohnverhandlungen einberufen, die das Ergebnis hatten, daß die Landarbeiter der streikenden Höfe der übrigen Arbeiterschaft, die bereits durch den abgeschlossenen Vertrag geschützt waren, gleichgestellt wurden. In Dittersdorf

bei Mährisch-Trübau waren es besonders christliche Bewohner, die für den Betrag von 20 K täglich mit einem wahren Eifer Streikbrecherdienste verrichteten. Unsere Landarbeiter in Nordmähren werden sich das Vorgehen der Kommunisten und anderer Christen bei diesem Streik sicherlich als Lehre dienen lassen.

Forderungen der tschechischen Bankbeamten-schaft. Eine gestern in Prag stattgefundene tschechische Bankbeamtenversammlung nahm eine Resolution an, in der die Forderung betont wird, daß in der Frühjahrssession des Parlaments ein Gesetz über staatliche Revisionen für Geldinstitute durch die Einsetzung eines „staatlichen Revisions- und Kontrollamtes“ für alle Geldinstitute verhandelt und angenommen werde. Weiter wird gefordert, daß anstelle des geplanten Gesetzes zum Schutze der Einleger ehestens ein allgemeines Gesetz zum Schutze des Geldwesens, d. i. der Geldinstitute aller Kategorien, ihrer Klienten und der Beamten-schaft in Beratung gezogen werde.

Ein Beitrag zum „Preisabbau“. Am 1. April haben — wie das „Ceske Slovo“ meldet — die Bienenfabriken den Verkaufspreis von 6 Kronen auf 6.70 Kronen erhöht. Begründet wird dies mit dem Umstande, daß der erzeugte Spiritus keinen genügenden Absatz erfährt. Interessant sei, daß am 15. März der Verkaufspreis, trotzdem die Situation dieselbe war wie heute, von 6.50 Kronen auf 6 Kronen unter dem Druck der Konkurrenz ermäßigt wurde. Sobald die Konkurrenz nicht mehr in Frage kam, schritten die Fabrikanten sofort zu einer noch größeren Preiserhöhung. Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich auch das „Wucherami“, weil bei einem Nachgeben, dies für die Bäcker das Signal zur Verteuerung ihrer Erzeugnisse wäre.

Sperre. Der Lohnstreik in der Karlsbader Herren- und Damenschneiderei dauert fort. Zugang von Herren- und Damenschneidern nach Karlsbad ist daher strengstens fernzuhalten.

Forderungen der französischen Metallarbeiter. Ein in Paris am 25. März abgehaltener Kongreß der Metallarbeiter hat beschlossen, eine Lohn-erhöhung von 5 Franc täglich für sämtliche Arbeiterklassen und die unbedingte Einhaltung des Achtstundentages zu verlangen.

Der „Achtstundentag“ Russlands. Genosse d'Aragona, der Vorsitzende des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes, behandelte in der Mailänder „Giustizia“ das Achtstundentag-Dekret, das von dem Ministerium Mussolini veröffentlicht wurde. Das Dekret, das noch der Untervorbereitung in ein Gesetz bedarf, hat endlich die Arbeitszeitfrage gesetzlich geregelt. Bei näherer Untersuchung der einzelnen Paragraphen sieht man allerdings, daß der Status quo ante, d. h. die Regelung durch die beteiligten Parteien, im wesentlichen nicht berührt wurde. Die von dem seinerzeit ausgearbeiteten Kommissionsentwurf vorgesehenen höchstzulässigen Ueberstunden wurden von sechs auf zwölf pro Woche erhöht, die Mindestvergütung für diese Ueberarbeit von 15% auf 10% Zuschlag zum Normallohn herabgesetzt und die Frage der Leistung den Parteien überlassen. d'Aragona fragt hierbei mit Recht, wer nun die Arbeiter in diesem Fall vertreten soll. Die Sozialisten haben überhaupt keine Daseinsberechtigung, die Katholiken noch nicht. Daß alle Präventivmaßnahmen gegenüber Umgehungen des Achtstundentages, wie sie im Entwurf vorgesehen waren, nun im Dekrete nicht vorhanden sind und die Strafen für Uebertretungen von der ursprüng-

lichen Haftstrafe auf eine Buße von 10 Lire pro Tag und Arbeiter herabgesetzt wurde, ist für den Gesamteindruck über diese „soziale“ Maßnahme als Schlussstein sehr wesentlich.

Krise in der polnischen Textilindustrie. In der Wieliczka-Balacer Textilindustrie, welche im Vorjahre einen starken Aufschwung genommen hat und heute 96 Fabriken mit 9000 Arbeitern beschäftigt, zeigt sich seit kurzer Zeit sichtbare Stagnation, welche voraussichtlich zur Einschränkung der Produktion führen wird. Die Kaufleute können infolge empfindlichen Bargeldmangels keine Käufe abschließen und bieten den Fabrikanten und Großhändlern zum Begleiche der Rechnungen 10 Prozent in barem und den Rest in Wechseln an.

Bergarbeiterstreik in England. Der von der Bergarbeiter-Union im Rhonddale (Südwaales) angekündigte Streik, der mit der Weigerung einer Anzahl Arbeiter, der Organisation beizutreten, im Zusammenhange steht, hat Mittwoch begonnen. Sämtliche Gruben im Rhonddale liegen still. 46.000 Arbeiter sind ausständig.

Die belgischen Arbeiter wandern nach Frankreich aus. Die Auswanderung belgischer Arbeiter nach Frankreich, ganz besonders nach den zerstörten Gebieten, nimmt einen Umfang an, der die belgische Produktion schwer gefährdet. Im Laufe des Jahres 1922 sind wöchentlich ungefähr 4000 bis 5000 Arbeiter ausgewandert. Ende 1922 wurden über 42.000 neuangewandene Belgier gemeldet. Zwei Fünftel dieser Arbeiter waren Metallarbeiter, ein Fünftel Textil-, ein Fünftel Bau- und ein Fünftel Landarbeiter, unter ihnen vielfach gelernte Arbeiter. Im Sommer 1922 befanden sich bereits über 120.000 belgische Arbeiter in Nordfrankreich. Die Kaufkraft der Löhne in Frankreich ist höher als in Belgien, was sich aus der Natur Frankreichs als eines Agrarlandes ergibt. Außerdem wird hier das Gesetz über den Achtstundentag nicht so streng eingehalten wie in Belgien; die Eingewanderten können zehn bis zwölf Stunden arbeiten, wodurch sie höhere Löhne erzielen. Da ein Teil des Proletariats bedauerlicherweise noch keinen Sinn für die Wohlthaten des Achtstundentages und die dadurch erreichbaren Bildungsmöglichkeiten usw. hat, erliegen sie der Versuchung der höheren Löhne für eine zwölfstündige Arbeit. Aus ähnlichen Gründen haben vor dem Kriege Hunderttausende europäischer Arbeiter in der Hölle der amerikanischen Bergwerke ihr „Glück“ gesucht. Bei den belgischen Löhnen ist es übrigens verständlich, wenn ein Teil der Arbeiter notgedrungen in ein Land auswandert, wo die Arbeitsbedingungen zwar viel schlechter, der Verdienst in den zerstörten Gebieten aber höher ist.

Die tschechische Krone notiert in:
 Zürich Schw. Frant 16.15'00
 Berlin Mark 681'58
 Wien öherr. Kr. 2112'00

Züricher Schlusskurse am 5. April.

	Gold	Ware
Paris	35.30'00	35.35'00
London	25.32'00	25.35'00
Berlin	0.02.58'00	0.02.59'00
Mailand	27.10'00	27.15'00
Holland	213'20	213'50
Wien	0.00.76'25	0.00.76'50
Budapest	0.12'00	0.13'00
Bras	16.10'00	16.15'00
New York	5.42'50	5.43'25
Wien alt	5.35'00	5.50'00
Wien neu	0.00'00	0.0'00

Devisenkurse.
Prager Kurse am 5. April.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	13.11'00	13.55'00
10.000 Mark	15.87'50	16.87'50
100 belg. Franks	192'25	193'75
100 schweiz. Frant	633'75	63'25
1 Pfund Sterling	160.2'00	161.75'00
100 Lire	171'75	173'25
1 Dollar	84.30'00	84'00'00
100 franz. Franks	223'25	224'75
100 Dinar	34.82'50	35.12'50
100 magyar. Kronen	77.90'00	81.0'00
10.000 poln. Mark	7.70'00	8.70'00
10.000 öherr. Kronen	4.67'50	5.17'50

Aus der Partei.
 Bezirkskonferenz Böh.-Mährl. Sonntag, den 15. April 1923 nachmittags 2 Uhr findet in Böh.-Mährl. Café Central, eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Gemeindevahlen, Reiseber. und Verschiedenes.

Kunst und Wissen.
Neues Theater. Heute, Freitag, Gastspiel Eisenberg-Stralendorf „Don Juan“; morgen, Samstag „Der Traum ein Leben“; Sonntag abends Gastspiel Gerhart-Eisenberg „Der Barbier von Sevilla“.
Kleine Bühne. Heute, Freitag „Die Erwachten“; Samstag „Ehrentausch“; Sonntag nachmittags die Comedie „Jungeberg“, abends „Die kleine Schneiderin“.
Arbeitervorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung.“ Gastspiel Kramer. Sonntag, halb 3 Uhr, wird im Neuen Theater das mit großem Beifall aufgenommene neuinszenierte Shakespeare-Stückspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“ mit Leopold Kramer als Petruchio aufgeführt. Karten bei Ertler Genossen: Deutsch, Graben 25 (Kleiner Bazar).

Turnen und Sport.
Fußball. Holland schlägt Frankreich 8:1 (4:0). Im Stadion von Amsterdam wurde am Montag von 28.000 Zuschauern der Landkampf Holland gegen Frankreich ausgetragen, welcher einen unerwartet hohen Sieg Hollands von 8:1 (4:0) ergab. Die Heimischen waren ihren Gästen in jeder Beziehung überlegen, trotzdem Frankreich seine Mannschaft nach den letzten Misserfolgen umgestellt hatte. Die Torschützen für Holland waren: der Centerhalf Van Linge, der Mittelstürmer Buder und der Halbdrehte Kostert je zweimal, Modia und Groosjohan je einmal. Für Frankreich rettete der Linksaußen Boyer die Ehre. Schiedsrichter war E. Ulrich-Dänemark. („Fr. Fr.“)

Bereinsnachrichten.
Touristenverein „Die Naturfreunde“. Prag 2. In unserem Unterhaltungsabend mit anschließendem Tanz haben wir alle Genossinnen und Genossen aufs herzlichste ein. Ort: Kreuzel-Saal, Relazants. Zeit: 7. April, 8 Uhr abends. Eintritt: 2.50 K ohne Steuer.
 Halbtagsausflug: 8. April nach Múchelbad. Treffpunkt: Endstation der Linie um 2 Uhr. Smichow. Führer: Slawatsch. 1513

Für jede Küche!! OETKERS REZEPTBUCH T mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlpissen u. Bäckereien stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- u. Kochschulen umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an **Dr. OETKER's Backpulver-Werke 136 Brünn** neben unserem vielbewährten Oetker Backpulver „Backin“ und Oetker Vanillinzucker sind wieder zu haben. **Oetkers Pudding-Pulver Oetkers Regina-Speisegeleatine Oetkers Aausnatron** Zusatz m. Vanille, Mandel- u. Schokoladengeschmack weiß und rot **Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.** 126

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag,
 für den Druck verantwortlich: C. Solta.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
 Goldenes Kreuzel, Prag-Relazants.
 Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
 Prag, Smichow 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dum“
 der Genossenschaft „Ganymed“
 Täglich PRAG II., Hybernská
 Konzert Nr. 7.

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
 Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau.
CAFÉ EUROPE Bahnhof-
 straße.

alma
 Kautschukabsätze
 und Kautschuksohlen
 Schonen die Nerven,
 schützen die Füße,
 helfen sparen!

1529

Vitello
 Delikatesse
 CESTRA
 VITELLO

Überall
 hört man sagen, daß der
 feinsten Teebuffer nur
VITELLO
 Delikatesse-Margarine
 gleicht.

1414